

UNIVERSITÄT STUTTGART

REDEN UND AUFSÄTZE 35

NOT UND HOFFNUNG DER UNIVERSITÄT

VON FRITZ LEONHARDT

LEOPOLD ROTHMUND ZUM GEDENKEN

MANFRED BRÄUHÄUSER ZUM GEDENKEN

ERWIN NEUMANN ZUM GEDENKEN

RICHARD DÖCKER ZUM GEDENKEN

OTTO FAHR ZUM GEDENKEN

INHALT

NOT UND HOFFNUNG DER UNIVERSITÄT

Abgangsrede des Rektors der Universität Stuttgart

Professor Dr.-Ing. Fritz Leonhardt

anlässlich der Rektoratsübergabe am 25. April 1969 5

LEOPOLD ROTHMUND ZUM GEDENKEN

Ansprache bei der Trauerfeier für

Professor Leopold Rothmund

auf dem Pragfriedhof am 10. Mai 1967

Professor Dr.-Ing. Arthur Röhnisch 55

Ansprachen anlässlich der Akademischen Gedenkfeier für
Professor Leopold Rothmund am 16. November 1967 in
der Bibliothek der Universität Stuttgart

Rektor Professor Dr.-Ing. Fritz Leonhardt 57

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Walter Hensen 61

MANFRED BRÄUHÄUSER ZUM GEDENKEN

Nachruf auf Professor Dr. rer. nat. Manfred Bräuhäuser von

Professor Dr. rer. nat. Hermann Aldinger 69

ERWIN NEUMANN ZUM GEDENKEN

Ansprachen bei der Beisetzung von

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Erwin Neumann

am 16. November 1967 auf dem Pragfriedhof

<i>Professor Dr.-Ing. habil. Franz Pöpel</i>	71
<i>Altrector Professor Dr.-Ing. Walther Lambert</i>	74

RICHARD DÖCKER ZUM GEDENKEN

Nachruf auf

Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Richard Döcker von
Professor Maximilian Debus

77

OTTO FAHR ZUM GEDENKEN

Ansprache bei der Trauerfeier

für Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Otto Fahr

Ehrenbürger und Ehrensator der Universität Stuttgart
am 28. Februar 1969 im Werk der Firma Werner & Pfleiderer

Rektor Professor Dr.-Ing. Fritz Leonhardt

81

Ansprachen bei der Akademischen Gedenkfeier

für Ehrenbürger Otto Fahr am 14. Juni 1969

in der Bibliothek der Universität

Rektor Professor Dr.-Ing. Heinz Blenke

84

Prorektor Professor Dr.-Ing. Fritz Leonhardt

85

Altrector Professor Dr. phil. Hellmut Bredereck

90

Abgangsrede des Rektors

Professor Dr.-Ing. Fritz Leonhardt

anläßlich der Rektoratsübergabe am 25. April 1969

Not und Hoffnung der Universität

WAS IST BILDUNG ?

Versuch einer zeitgemäßen Definition

Bildung ist ein ständiger Prozeß im Leben des geistig aktiven Menschen, um sich Urteilsvermögen und eine gesunde, echte Grundeinstellung zur Welt und ihren Erscheinungen zu schaffen.

Bildung erfordert langjährige, uneigennützig geistige Bemühung; sie kann nicht gefordert, sondern muß erworben werden.

Bildung ist nicht Wissen, erfordert aber Wissen, Verstehen, Denken, Reflexion und Handeln. Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für humanes Verhalten des Menschen. Im einzelnen bedingt Bildung:

1. Wissen über die bisherigen Leistungen und Entwicklungsstufen der Menschheit in geistiger und materieller Hinsicht, also Grundkenntnisse in Geschichte und Philosophie.
2. Wissen über und Verständnis für kulturelle Leistungen und Stufen, besonders der verschiedenen Künste.
3. Wissen durch Grundkenntnisse in den wichtigsten Wissenschaften, über den Menschen, seine Triebe und Kräfte, sein Verhalten als Individuum und in Gesellschaften. Also Grundkenntnisse in Psychologie, Verhaltenslehre, Soziologie und Politologie.
4. Wissen durch Grundkenntnisse in den elementaren Naturwissenschaften, besonders Physik, Chemie, Biologie.
5. Schulung des Denkvermögens, insbesondere des kritischen und logischen Denkens als Grundlage rationaler, also vernunftmäßiger Denkprozesse für verantwortungsbewußte Entscheidungen.

6. Durchdenken und Bewußtwerden ethischer Grundsätze im Zusammenleben der Menschen. Betrachtung der großen Religionen mit Toleranz, aber auch unter Beachtung des Wahrheitsgehaltes im Spiegel der Wissenschaften. Erlangen von Wertmaßstäben.
7. Durchdenken und Bewußtwerden des Wesens der Freiheit, Menschenrechte und Toleranz sowie der Technik, Wirtschaft und Arbeitswelt.
8. Üben selbständiger unabhängiger Meinungsbildung mit Hilfe obiger Grundlagen.
9. Üben und Prüfen eigenen Verhaltens im Hinblick auf den Gehalt an guten Wirkungen im ständigen Kampf gegen Böses bewirkende Triebkräfte und Instinkte.

Meine hochverehrten Gäste,

die Sie als hohe Repräsentanten unseres Landes, des Bundes, unserer Stadt, des konsularischen Korps, der Kirchen, befreundeter Universitäten und Schulen oder der Wirtschaft gekommen sind, oder die Sie einfach als Freunde unserer Universität hier sind; Sie alle begrüße ich im Namen der Universität Stuttgart sehr herzlich, zusammen mit meinen verehrten Herren Kollegen sowie den vielen Mitarbeitern in Lehre, Forschung und Verwaltung. Mein besonderer Gruß gilt gleichfalls Ihnen, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, die Sie als Studenten oder als Vertreter der Studentenschaft hier sind.

Ich danke vor allem den hohen Gästen für ihr Kommen, die Verantwortung für das Wohl unseres Landes tragen und ich hoffe, daß Sie Verständnis dafür haben, wenn ich Ihre kostbare Zeit nicht für eine lange namentliche Begrüßung in Anspruch nehme, sondern gleich beginne, einige Probleme der Universität aufzurollen.

Als ich vor zwei Jahren das Rektorat übernahm, gab es in Deutschland noch keine offenkundigen Studentenunruhen, die dunkle Wolke des Bildungsnotstandes stand allerdings für die Universitäten deutlich am Himmel, obwohl die hilfreichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates weitgehend erfüllt worden waren. Aus Sorge wählte ich in meiner Antrittsrede¹ kein Thema aus meinem Fachgebiet – wie es Tradition ist –, sondern versuchte mit »Anregungen zur Bildungspolitik« dringende Reformen aufzuzeigen.

Auch heute will ich nicht der Tradition folgen. Den üblichen Rechenschaftsbericht mit Angaben über Veränderungen in der Universität Stuttgart trage ich nicht vor, Sie finden diesen am Schluß der an Sie verteilten Broschüre. Es erscheint mir wichtiger, die politische und allgemeine Situation der Universität nach den zum Teil aufregenden Ereignissen der letzten zwei Jahre kritisch zu betrachten.

Unruhige Studenten – allgemein –

Bei meiner Antrittsrede beklagte ich, daß die meisten Studenten als Produkt unserer Untertanenschulen »unfrei, teilweise gehemmt, im allgemeinen viel zu pflichtbewußt und fleißig, aber nicht wagemutig und streitbar genug« seien. Das

¹ Veröffentlicht als Anhang in dem Buch F. Leonhardt: »Studentenunruhen – Ursachen, Reformen«, Seewald Verlag Stuttgart, 1968, 2. Auflage.

hört sich heute beinahe unsinnig an und dennoch gilt es immer noch für die Mehrheit der Studenten. Eine große Zahl hat sich jedoch gemauert und den Mut gefunden, offen und frei längst angestaute Kritik zu äußern, sich politisch interessiert zu zeigen und sich auch zu engagieren. Dies muß gerade für unsere deutsche Demokratie, der das politische Engagement der Jugend und besonders der Intellektuellen schon immer fehlte, unbedingt positiv gewertet werden, auch wenn es von vielen als un bequem oder gar störend empfunden wird. Die Studenten haben damit die nötigen Reformen der Universität nicht nur beschleunigt, sondern auch inhaltlich vertieft.

Rudolf Wildenmann, der Mannheimer Politologe, hat jedoch durch eine demoskopische Umfrage Anfang 1968 festgestellt, daß sich die studentische Kritik weit mehr gegen das System unserer Gesellschaft überhaupt wendet als gegen Mißstände an den Universitäten. Dem entspricht auch ihr zähes Verlangen nach einem allgemeinen politischen Mandat. Dadurch wird aber klar, daß die Universitäten allein die Unruhen nicht beseitigen können; daß dies vielmehr eine tiefgreifende politische Aufgabe ist.

Ein großer Teil der Kritik war und ist berechtigt, ich erwähne hier nur stichwortartig den Vietnam-Krieg, den Mißbrauch der Pressekonzentration, die ursprüngliche Form der Notstandsgesetze, vielerlei soziale Ungerechtigkeiten und irrationale gesellschaftliche Zwänge. Die Reaktion vieler Politiker war jedoch in unreflektierter Weise auf Beschwichtigung und Unterdrückung eingestellt ohne den Ursachen gründlich nachzugehen.

Als unglückliche Folge entwickelte sich bei der radikalen Gruppe, dem SDS, rasch eine festgefahrene Revolutionsidee. Sie rufen zwar nach Diskussion, ersticken aber jede sachliche Diskussion mit ihrer repressiven Intoleranz und mit unreflektierten, utopischen Vorstellungen für die Zukunft. Sie glauben, die nötigen Verbesserungen nur durch Umsturz und durch Einführen eines Räte systems mit Befreiung von Herrschaftszwängen erreichen zu können. Sie betreiben mit vielfältigen Mitteln eine Bewußtseinsumbildung bei Studenten und Schülern. Sie wollen an den Universitäten einen revolutionären Prozeß in Gang bringen, der sich dann auf die ganze Gesellschaft ausbreiten soll. Sie scheuen nicht vor Gewaltanwendung zurück, erklären öffentlich, daß zunächst die Universitäten als schwächstes Glied des ihnen verhaßten Gesellschaftssystems funktionsunfähig gemacht werden müßten.

Mit Studenten, die öffentlich und nachweisbar zum Umsturz durch Gewalt aufrufen und Gewalt anwenden, hätte man schon in den Anfängen hart verfahren müssen. Dies kann jedoch nicht Aufgabe der Universitäten sein.

Die Zahl der Aktiven dieser Gruppe ist klein, so daß man sich nur wundern kann, daß ihnen ein solches Ausmaß an Störung und Unruhe gelingt. Immer wieder verstehen sie es, durch fallweise berechtigte Kritik viele Hundert Mitläufer zu finden. Bei Wahlen von Studentenvertretern gelingt es ihnen oft, die nötige Stimmenzahl für ihre Kandidaten zu erlangen, die dann die Gremien mit ihren demagogisch geführten Reden terrorisieren und damit eine sachlich fundierte Reform gefährden oder unmöglich machen.

In Stuttgart haben sich die Radikalen in letzter Zeit zwar so unvernünftig verhalten, daß sich die Mehrzahl der Studenten von ihnen distanziert und ihre Gruppen in sich zerstritten sind. Man darf sich jedoch dadurch nicht täuschen lassen, die Auseinandersetzung wird weitergehen.

Die täglichen Pressenachrichten über Studentenkrawalle in der halben Welt haben schließlich nicht nur die Studenten, sondern auch die Professoren und die ganzen Universitäten in der Öffentlichkeit in ein schiefes Licht gebracht.

In Wirklichkeit ist die große Zahl unserer Studenten vernünftig und arbeitsam, doch auch sie rufen nach Veränderungen und Reformen, allerdings im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Sie sollten ernst genommen und gehört werden. Für sie ist es kränkend und aufreizend, wenn die meisten führenden Politiker der Unruhe in erster Linie mit »Ordnungsrechten für die Universitäten« begegnen wollen und wenig Anstrengungen zeigen, den Ursachen der Unruhen nachzugehen.

Man muß hierzu allerdings bekennen, daß die Universitäten auch selbst schuld daran sind, daß manche Politiker kein großes Verständnis für die inneren Probleme der Universitäten und für die Wissenschaftsfragen zeigen, halten sich doch die Wissenschaftler weitgehend von der Politik fern und sind informationsscheu. Dies führte in der Vergangenheit zu einer gewissen gegenseitigen Reserviertheit. In den letzten zwei Jahren haben wir an der Universität Stuttgart durch »Tage der offenen Tür«, durch öffentliche Diskussionen, durch Pressenotizen und Presseabende versucht, hierin Wandel zu schaffen. Eine Stelle für den hierzu unbedingt nötigen Pressereferenten war allerdings noch nicht zu bekommen.

Im Laufe des letzten Jahres sind jedoch beachtliche Äußerungen² zu den Ursachen

² Vergleiche dazu die einschlägigen Publikationen von Horst Ehmke: Politik der praktischen Vernunft. Fischer 1969. Gerhard Stoltenberg: Hochschule, Wissenschaft, Politik. Ullstein Frankfurt und Berlin 1968. Kurt Sontheimer: Die Demokratisierung der Universität, in: Reform als Alternative. Köln und Opladen 1969. Werner Maihofer: Die Revolte der Jugend für die Evolution der Gesellschaften in Ost und West. Sonderabdruck aus »Stahl und Eisen« 88 (1968) Heft 25. Seite 1400/07. Hartmut von Hentig: Die große Beschwichtigung. Zum Aufstand der Studenten und Schüler. Aus: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Heft 5, 22. Jahrgang, Mai 1968, Ernst Klett Verlag Stuttgart. Fritz Leonhardt siehe¹ u.a.

veröffentlicht worden, die meist feststellen, daß gesellschafts- und bildungspolitische Fehler und Versäumnisse der letzten beiden Jahrzehnte Anlaß zur Kritik der Jugend geben. Ich erwähne hier nur die von Studenten gern angezogenen Schriften des Göttinger Pädagogen, Professor *Hartmut von Hentig*, der vor kurzem den Schiller-Preis der Stadt Mannheim erhielt. Er sieht den Konflikt mit den Jugendlichen als Folge einer lange gehegten falschen Konfliktlosigkeit – eines Verdeckens statt eines Ausstragens besonders der großen Probleme Kapitalismus-Kommunismus. Er weist auf das bei den Deutschen zutiefst verworrene Verhältnis zur Macht hin. Er glaubt, daß der Konflikt mit der Jugend nicht gelöst werden kann, solange »die Wissenschaft nicht gesellschaftlich wird« – ich würde sagen, solange die Mehrzahl der Wissenschaftler sich von jeder politischen Verantwortung drückt. Er verweist mit Recht darauf, daß die Parlamente auf den kleinsten Unmut der Rentner, Vertriebenen und Bauern reagieren, nicht aber auf Fragen und Forderungen der Studenten.

Eine weitere wichtige Ursache ist das mangelhafte Demokratieverständnis der Deutschen und das damit zusammenhängende undemokratische, oftmals autoritäre Verhalten in vielen Bereichen. Nach wie vor ist die politische Bildungsarbeit in Schulen und Hochschulen, aber auch die politische Bildung der Erwachsenen äußerst mangelhaft – es fehlen vor allem tragfähige Lehrinhalte. Die dafür geschaffenen Lehrstühle erfüllen ihre Aufgabe nur teilweise.

Die einschlägigen Schriften zeigen erkennbare und begreifbare Ursachen auf, die öffentlich diskutiert und – soweit berechtigt – durch politisches Handeln abgestellt werden müßten. Dieses politische Handeln darf man nicht allein denen aufbürden, die in Parlamente gewählt wurden oder in hohen Ämtern Verantwortung tragen. Hier müssen sich vielmehr alle verantwortungsbewußten und von der parlamentarischen Demokratie überzeugten Bürger, vorweg die Mitglieder der großen Parteien, aber auch Lehrer und Hochschullehrer angesprochen fühlen.

Ich mußte jedoch oft beobachten, daß die Schriften über die Ursachen kaum gelesen werden, vor allem nicht von so manchen Politikern, die daraus Folgerungen ziehen müßten – sie sind viel zu sehr mit dem Erhalten vorhandener Machtverhältnisse beschäftigt und von der Richtigkeit des mühselig aufgebauten Wohlfahrts- und Wohlstandssystems überzeugt. Kritik wird in Deutschland nicht überall gern gehört und noch weniger gern geistig verarbeitet – oft ist man nur gekränkt und vergißt, daß Fortschritt im allgemeinen eine Frucht der Kritik ist.

Im Fehlen einer sachlichen, freien und offenen Auseinandersetzung über die vielseitigen Ursachen der Unruhen sehe ich die größte Not der deutschen Universität, weil die Unruhe

ohne brauchbare Ergebnisse solcher Auseinandersetzung nicht aufhören wird und Ordnungsmaßnahmen ohne gleichzeitige gesellschaftliche und geistige Reform nur erneut Unruhen provozieren werden. Hoffnung habe ich hier zunächst wenig.

Hochschulreform – im besonderen an der Universität Stuttgart.

Lassen Sie mich nun einige Bemerkungen zu der im Gang befindlichen Reform der Universität Stuttgart machen. Die Notwendigkeit der Reform ist seit langem anerkannt, Studienplanreformen waren an der Stuttgarter Technischen Hochschule im Lauf der letzten zehn Jahre zum Teil mehrfach durchgeführt worden, dagegen kam die strukturelle Reform nicht in Gang – man wartete auf das Hochschulgesetz, das schon seit 1956 im Kultusministerium in Arbeit war. Das bloße Zuwarten auf dieses Gesetz war langsam nicht mehr zu verantworten und so setzte der Große Senat auf meinen Vorschlag Ende des Jahres 1967 eine Kommission, bestehend aus dem Rektor, drei Professoren, zwei Assistenten und zwei Studenten, zur Vorbereitung einer neuen Verfassung ein. Dieses Gremium tagte zweimal mehrtägig in Klausur und brachte im Mai 1968 das sogenannte Murrhardter Protokoll hervor, das bei den späteren Beratungen gute Dienste tat.

Am 7. März 1968 beschloß dann der Landtag das vielumstrittene Hochschulgesetz unseres Landes, das am 1. April 1968 in Kraft trat und allen alten Landesuniversitäten die Ausarbeitung einer neuen Grundordnung vorschrieb. Gegen das Gesetz war zum Schluß sowohl von Rektoren und Professoren als auch von Studenten lebhaft protestiert und demonstriert worden. Trotz seiner Mängel habe ich mich für die Verabschiedung des Gesetzes eingesetzt und die Arbeit an der neuen Grundordnung umgehend in Gang gebracht.

So hat die Universität Stuttgart gleich am Anfang des Sommersemesters 1968 ihre *Grundordnungsversammlung* gewählt, die dank der kleinen Zahl der Fakultäten aus nur 26 Mitgliedern bestand. Dieses Gremium hat insgesamt 35 volle Tage in Plenarsitzungen gearbeitet und nur einige Aufgaben an Kommissionen verwiesen. Es gab nur wenige Krisen.

Die *Grundordnung* wurde schließlich am 29. März 1969 mit 18 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, davon 4 von Professoren, und 2 Enthaltungen termingerecht der Landesregierung zur Genehmigung vorgelegt.

Auf Initiative der Studenten der Stuttgarter Grundordnungsversammlung wurden Schritte zur Bildung einer künftigen »*Landeshochschulkonferenz*« unternommen, die zur Beratung des Hochschulgesamtplanes und der Novellierung des Hochschulgesetzes dringend nötig wäre. Allerdings sollte die Novellierung erst vorgenommen

werden, nachdem Erfahrungen mit den neuen Grundordnungen vorliegen und die Atmosphäre ruhiger ist.

Soweit zum äußeren Ablauf. Und nun einige *Bemerkungen zum Inhalt der Reform-Ordnung*:

Ich beginne mit den jeweils erhobenen Reform-Forderungen in Schlagworten: Die Herrschaft der Ordinarien müsse gebrochen, autoritäre Strukturen müßten abgebaut werden. Die Universität müsse demokratisiert werden. Assistenten wollten aus hemmenden Abhängigkeitsverhältnissen herauskommen und mehr Gelegenheit zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit erhalten. Assistenten und Studenten beanpruchten Mitbestimmung in allen Ebenen, bekannt sind ihre Forderungen nach Drittelparität, das heißt Professoren, Assistenten und Studenten sollten je mit gleicher Stimmenzahl in Senaten, Fakultäten und dergleichen vertreten sein. Die Entscheidungsvorgänge müßten transparent, das heißt den Hochschulmitgliedern zugänglich und von diesen kontrollierbar sein. Das ganze Bild zeugte von einem erschreckenden Mangel an Vertrauen.

Vor allem der in den letzten Jahren sehr rasch gewachsene Lehrkörper im weiteren Sinn hatte kein inneres Gleichgewicht gefunden. An der Universität Stuttgart stehen heute rund 1000 Dozenten und Assistenten an der Seite von 135 Ordinarien – sie tragen einen erheblichen Anteil der Pflichten, ohne daß diese große Gruppe wichtiger Mitarbeiter mit entsprechenden Rechten im Lehrkörper ausgestattet worden wäre. Die Ordinarien waren durch die zunehmenden Studentenzahlen und vielseitige Aufgaben mehr und mehr überlastet. An manchen Stellen ist kein gutes Verhältnis der Zusammenarbeit entstanden. Die Studenten kamen sich in den Massenvorlesungen weitgehend als Objekte, als Wissensempfänger vor und beanstandeten vor allem, daß sie nicht als mündige Erwachsene behandelt würden.

Von dem Idealbild der Universität, nämlich von der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, war man also weit entfernt, wobei diese verallgemeinernde Formulierung natürlich nicht sagen soll, daß es nicht viele Bereiche mit guten Verhältnissen gab und gibt, und zwar besonders an Technischen Hochschulen.

Aus dieser Situation heraus entstand nun das *Gruppendenken*. Die Studenten als Gruppe, die Assistenten als Gruppe stellten Forderungen – angegriffen waren die Professoren, die sich eigentlich nicht als Gruppe vorkamen und doch zweifellos mit all ihren Rechten und Pflichten bisher die Hauptverantwortung trugen. Sie sind sich des Ausübens von Herrschaft nicht bewußt und sehen auch ihre Aufgabe nicht im Ausüben von Herrschaft.

Dieses Zerfallen in Interessengruppen, die sich gegenseitig bekämpfen, ist die große innere

Not der Universitäten, die man in der weiteren Entwicklung nicht durch Proporze in Gesetzen noch verschlimmern darf.

Diese innere Not zu überwinden, muß die Hauptaufgabe der Reform in den nächsten Jahren sein, denn eine Universität kommt nur zu guten Leistungen, wenn alle ihre Mitglieder mit gutem Willen und möglichst mit Freude an ihren Aufgaben zusammenarbeiten. Eine Voraussetzung hierfür ist es, daß für ein faires und rasches Austragen von Interessenkonflikten gesorgt wird. Das Hochschulgesetz und die neue Grundordnung sehen daher mit Recht vor, daß die Assistenten und Studenten in allen wichtigen Organen der Universität künftig mitwirken und mitbestimmen können. Auch das technische und Verwaltungspersonal, die nach den Studenten zahlenmäßig stärkste Gruppe, die im Hochschulgesetz unbeachtet blieb, wird in den meisten Gremien vertreten sein.

Das Mitbestimmen erhöht jedenfalls das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, aber auch die kritische Wachsamkeit und damit die Rationalität. Schließlich fördert es die Gruppenarbeit, die in allen Führungsbereichen – auch in der Industrie – eine zunehmende Rolle spielt. Mitbestimmung in der Universität ist dabei dem Wesen nach etwas anderes als Mitbestimmung in Industriebetrieben. In der Universität stehen sich nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber. Entsprechend werden sich die Formen der Mitbestimmung unterschiedlich entwickeln müssen. Die für die Universität am besten geeigneten Formen der Mitbestimmung können erst durch Praktizieren gefunden werden. Der Erfolg der Mitbestimmung hängt primär vom Verhalten aller Beteiligten ab, das demokratisch sein muß. Damit sind wir bei dem Schlagwort der Demokratisierung der Universität, das so verschiedenartige Vorstellungen wecken kann.

Unter *Demokratisierung der Universität* will ich ein Lernen und Üben demokratischen Verhaltens verstanden wissen, indem nicht einfach einsame Entscheidungen von oben kommen. Die zur Entscheidung anstehenden Probleme müssen vielmehr unter den Beteiligten und Betroffenen diskutiert und die Argumente solange abgewogen werden, bis ein Ergebnis erreicht ist, dem alle oder die große Mehrheit zustimmen können. Es handelt sich bei der Universitätsarbeit ja meist um Sachentscheidungen, bei denen eine Optimierung durch Argumente möglich ist. Es geht hier nicht um Macht- und Prestigefragen wie im politischen Bereich, die durch Beeinflussung und Aushandeln von Vorteilen mit Abstimmungen geregelt werden. Das Denken in Abstimmungsproporzen ist für die Universität grundsätzlich schädlich. Wissenschaftliche Erkenntnis kommt ja auch nicht durch Mehrheitsbeschlüsse zustande, sie kann aber sehr wohl durch Diskussion reifen. Abstimmungen mit knap-

per Mehrheit sind stets als bedenkliche Notlösungen anzusehen, die im Universitätsbereich nicht hingenommen werden sollten, ohne Gelegenheit zu geben, die Argumente nochmals gründlich zu prüfen.

Der demokratische Grundsatz des gleichen Rechtes für alle kann in der Universität nicht auch gleiches Gewicht für alle bedeuten, weil es auf das Gewicht der Argumente ankommen muß und damit auf Kenntnisse und Fähigkeiten. Diese und das Maß, mit dem der Einzelne Verantwortung tragen kann und will, sind recht unterschiedlich und unter anderem von der vorausgegangenen Lernleistung abhängig.

Unser Ehrenbürger *Carl Wurster* sagte kürzlich: »Der beste Weg zur Mitbestimmung ist der Nachweis der Leistung, nicht der Anspruch.« Nur die Leistungsgesellschaft wird bestehen, die Anspruchsgesellschaft muß untergehen, wenn die Ansprüche nicht auf vorausgegangene Leistung bezogen werden.

Nach wie vor muß die durch Leistung gewonnene Einsicht und Autorität ein besonderes Gewicht haben. Sachlichkeit und Vernunft müssen das Meinungsbild bestimmen und nicht Funktionärsdenken aus Gruppeninteresse. Im Durchsetzen dieser leistungsorientierten Mitbestimmung liegt die Bewährungsprobe der Ordinarien, aber auch ihrer leitenden Mitarbeiter beim Durchführen der Reform.

Demokratisierung muß ferner bedeuten, daß die Karten jeweils offen aufgelegt werden und daß Kritik von unten, also vor allem studentische Kritik, bewußt herausgefordert und diskutiert wird – denn die Kritik von unten und ihre Verarbeitung gehört zu einer gesunden Demokratie. In der Universität trägt sie zum gegenseitigen Lernprozeß, zu Verbesserungen und zur Stärkung der Einheit von Lehrenden und Lernenden bei, wenn die Lehrenden Professoren mit echter und dann auch befragbarer Autorität sind, die ein Streitgespräch schätzen.

Dabei muß man allerdings davon ausgehen, daß man es mit vernünftigen Studenten und Assistenten zu tun hat.

Die Tatsache, daß einige der rebellischen Studenten den Verstand verloren haben oder – wie Jürgen Habermas sich ausdrückte – wahnsinnig geworden sind, hat manche Professoren mißtrauisch gemacht. Dieses Mißtrauen ist ein Mangel an Selbstvertrauen und ein Teil der inneren Not.

Die Zahl der vernünftigen Studenten und Assistenten ist sicher groß. Ein entscheidendes Problem liegt aber darin, daß viele von ihnen eben rasch studieren wollen und sich in der Selbstverwaltung und Hochschulpolitik der Universität nicht engagieren. Wenn sich die guten Kräfte der Mitbestimmung nicht annehmen und diese den Funktionärstypen oder den Mittelmäßigen oder gar den Wahnsinnigen überlassen, dann ist Mißtrauen berechtigt und dann muß die Universität Schaden nehmen. Es

kommt also sehr auf die Bereitschaft der qualifizierten Kräfte zur Mitarbeit an. Die Demokratie kann nur gut sein, wenn sich die Besten in und für sie engagieren.

Die Beratungen in unserer Grundordnungsversammlung mit kritisch denkenden Assistenten und Studenten stärkten meine Hoffnung, daß Vertrauen in dieser Hinsicht berechtigt ist.

Die schwierigste Frage der Mitbestimmung war, ob Studenten und Assistenten bei Berufungen und Habilitationen mitbestimmen sollen. Hier lehnen viele Professoren die Mitbestimmung ab, weil bei Studenten und wohl auch bei jungen Assistenten die Voraussetzungen zur Beurteilung der hierbei wichtigen wissenschaftlichen Qualifikation in der Regel noch nicht gegeben seien und auch die Last der Verantwortung bei solchen Entscheidungen selbst für die Professoren oftmals fast zu groß sei. Die Studenten argumentierten aber mit Recht, daß es bei der Berufung eines Professors nicht nur auf die wissenschaftliche Qualifikation ankommen dürfe, sondern daß seine ganze Persönlichkeit, insbesondere sein Verantwortungsbewußtsein der Gesellschaft gegenüber gewogen werden müsse und daß auch junge Menschen sich hierüber wohl ein Urteil bilden können. Außerdem muß uns auch hier der Lernprozeß der nachkommenden Generation angelegen sein, wie er gerade in schwierigen und verantwortungsschweren Beratungen zustande kommt. Von der Mitbestimmung bei Berufungen und Habilitationen muß nur der Kreis ausgeschlossen werden, der sich persönlich Vorteile verschaffen könnte, also zum Beispiel die für die vorgesehene Stelle in naher Zukunft möglichen Kandidaten. Bei Berufungen gilt es ja hauptsächlich zu verhüten, daß sich Mittelmäßige ohne überdurchschnittliche Leistung gegenseitig hochspielen. Ich glaube, daß junge Wissenschaftler, die vom Kollegialitätsdenken noch frei sind, hierbei sogar ein positiv wirkendes Element darstellen werden.

Hinsichtlich der *Organisation* soll durch die neue Grundordnung die *Leitung der Universität* gestärkt und die Selbstverwaltung vereinfacht werden. Die Grundordnungsversammlung entschied sich für den langjährigen Rektor, der abwählbar ist. Er wird von seinen Lehrverpflichtungen entbunden, weil die Doppelfunktion Rektorat und Lehrstuhl unzumutbar und nicht mehr verantwortbar wäre. Die von politischer Seite bevorzugte Präsidialverfassung könnte Vorteile haben, wenn das Amt finanziell besser ausgestattet und der Präsident abwählbar wären.

Die Wirtschafts- und Personalverwaltung leitet der Kanzler im Benehmen mit dem Verwaltungsrat, dem auch der Rektor angehört.

Unter dieser Spitze werden sich nur noch drei Stufen, nämlich *Senat, Fachbereiche und Institute* befinden. Die Zusammensetzung der Senate war durch das Hochschul-

gesetz festgelegt, der Große Senat hat demnach 150 Mitglieder, darunter 76 Professoren, der Senat 36 Mitglieder, darunter 24 Professoren.

Bei der Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums der Fachbereiche, der *Fakultät*, wurden ordentliche Professoren und Abteilungsvorsteher bzw. wissenschaftliche Räte, die künftig 40 Professoren sein werden, als gleichberechtigt behandelt. Sie können auch zum Fachbereichsleiter = Dekan gewählt werden und damit Mitglieder des Senates werden. Die beiden Professorengruppen zusammen haben 50% der Sitze, die anderen 50% entfallen zu gleichen Teilen auf Dozenten, Mittelbau und Studenten. Die Fakultäten erhielten weitgehende Kompetenzen, um den Senat zu entlasten.

An die Stelle der bisherigen drei Fakultäten mit zusammen acht Abteilungen treten künftig 18 *Fachbereiche*, die fachlich zusammengehörige Lehrgebiete zusammenschließen. Für jede Studienrichtung wird eine Studienkommission gebildet, in der Assistenten und Studenten drittelparitätisch beteiligt sind, weil bei der Gestaltung der Studienpläne beide Gruppen stark betroffen sind.

Die Lehrveranstaltungen und Prüfungen jedes Lehrstuhles müssen in jedem Semester einmal mit Studenten und Assistenten besprochen werden. Die Studenten erhalten also regelmäßig Gelegenheit, durch ihre Kritik zu Verbesserungen der Lehrmethoden beizutragen. Damit wird der von allen Seiten als nötig erachteten Entwicklung der *Hochschuldidaktik* sicher ein starker Auftrieb gegeben. In den Fachbereichen sollen ferner die Forschungsarbeiten besprochen werden, um eine gegenseitige Befruchtung und Austausch von Erfahrungen zu erlangen. Die Fachbereiche sind verpflichtet, gegenseitige Kontakte zu pflegen und dabei die interdisziplinäre Zusammenarbeit mindestens innerhalb der Universität zu fördern.

Kleine *Institute* können sich direkt dem zuständigen Fachbereich anschließen, die größeren Institute bleiben jedoch selbständige Verwaltungseinheiten. Für ihre Organe ist Mitbestimmung der Mitarbeiter und kollegiale oder turnusmäßig wechselnde Leitung vorgesehen. In forschungsintensiven Instituten kann sich der Institutsvorstand das Entscheidungsrecht in Haushaltsfragen sichern, was unter Umständen für die Zielsetzung und Effizienz der Forschung lebenswichtig sein kann.

Die Freiheit der Forschung ist auch weiterhin gewährleistet. Wenn in letzter Zeit einzelne Professoren äußerten, daß die Forschung wegen der Mitbestimmung aus der Universität ausziehen müsse, so halte ich diese Sorge entschieden für unbegründet. Richtig verstandene und vernünftige Mitbestimmung kann der Forschung sehr förderlich sein. Gegen irrationale Ansprüche wird man sich doch wohl zu wehren wissen.

Ich kann hier nur diese wenigen Merkmale der neuen Grundordnung skizzieren. Sie kann der Auftakt zu einer wirklichen Reform sein. Sie zwingt zur Zusammenarbeit. Ihre Verwirklichung wird denjenigen Professoren leichtfallen, die schon bisher ein gutes Verhältnis zu ihren Assistenten und Studenten hatten und ihre Aufgabe als Lehrer und Forscher richtig, nämlich mit Idealismus sahen. Die Funktionstüchtigkeit der neuen Grundordnung hängt ganz wesentlich vom Verhalten aller Beteiligten, besonders von dem der Professoren ab, die nach wie vor zur Führung berufen sind und durch ihr Vorbild wirken müßten.

In den Gremien gilt es, sich – etwa nach dem Beispiel der Engländer – gegenseitig zu kurzen, sachlichen emotionslosen Diskussionen zu erziehen, zu überzeugen oder sich überzeugen zu lassen. Hierzu muß in erster Linie das teilweise verlorengegangene Vertrauen wiederhergestellt werden. Ich appelliere hier auch an die Studenten und den Mittelbau, Gruppeninteressen gegenüber der Aufgabe der Universität zurückzustellen und Vernunft, Sachlichkeit und Klarheit zur Leitlinie bei der gemeinsamen Arbeit zu machen. *Ich habe die Hoffnung, daß die durch die neue Grundordnung eingeleitete Reform zugunsten einer kooperativen, offenen und freundlichen Universität durchschlägt.*

Zur Entwicklung der Universität Stuttgart möchte ich noch bemerken, daß in der neuen Grundordnung *drei Fachbereiche* erwähnt sind, die noch nicht existieren und *programmatisch* aufgenommen wurden. Das erste ist ein Fachbereich »*Informatik*«, der all das behandeln soll, was im Zusammenhang mit elektronischen Rechenanlagen und Datenverarbeitung als Spezialwissenschaft heranwächst. Die Bedeutung dieses neuen Wissenschaftszweiges kann heute nicht mehr bestritten werden. In vielen anderen Fachbereichen wird die zweckmäßige Anwendung der elektronischen Rechenanlagen noch als auf das betreffende Fachgebiet orientierte Hilfswissenschaft betrieben werden.

Der zweite in Aussicht genommene Fachbereich ist »*Biomedizinische Technik*«, wobei eine enge Zusammenarbeit von Biologen und Medizinern mit geeigneten technischen Lehrstühlen angestrebt wird, was bei der zunehmenden Zahl technischer Geräte in der Medizin nutzbringend erscheint.

Der dritte geplante Fachbereich ist die »*Klinische Medizin*«, der im Zusammenhang mit der vorklinischen Medizin der Universität Hohenheim zu sehen ist und bekanntlich schon mehrfach im Gespräch war.

Die Universität Stuttgart ist weiter bereit, in geeigneter Form mit der neu zu belebenden *Hochschule für Gestaltung in Ulm* zusammenzuarbeiten.

Ich darf ferner mitteilen, daß seit 1. April d. J. ein »*Institut für Kontaktstudium*« an

der Universität Stuttgart eingerichtet ist, das Professor Dr. *Kruppke* leitet. Dieses Institut soll als zentrale Einrichtung der Universität auf allen Fachgebieten Fortbildungskurse für Erwachsene und im Beruf Stehende anbieten. Da die mittelfristige Finanzplanung des Landes keine Finanzierung dieses so notwendigen Kontaktstudiums in Aussicht stellen konnte, soll das Institut privatwirtschaftlich betrieben werden, das heißt für die Kurse werden Gebühren erhoben. Nach den Erfahrungen der Technischen Akademie Esslingen, die neuerdings ebenfalls von Professor *Kruppke* geleitet wird, ist zu erwarten, daß sich ein solches Institut nach wenigen Jahren Anlaufzeit selbst tragen wird.

Schließlich muß ich leider noch feststellen, daß der *Sport* an der Universität Stuttgart sehr im argen liegt, die Sporteinrichtungen sind vollkommen ungenügend, so daß die Beteiligung der Studenten am Sport in bedauerlichem Maße zurückgegangen ist. Eine Abhilfe steht nur in bescheidenem Rahmen in Aussicht. Der Sport darf jedoch nicht weiter so vernachlässigt werden, zudem sportliche Betätigung der Studenten zweifellos zur Gesundung der Verhältnisse beitragen wird. Abhilfe durch den baldigen Bau der in Vaihingen geplanten Sportanlagen und des Hallenbades Stadtmitte der Stadt Stuttgart muß hier dringend gefordert werden.

Universität und Gesellschaft

Lassen Sie mich einige Aspekte des Verhältnisses der Universität zur Gesellschaft ansprechen, das unsere Studenten so stark beschäftigt. Mit Recht wird verlangt, daß sich die Universität ihrer kritischen Funktion der Gesellschaft gegenüber bewußt werden muß. Ich erinnere hierbei an die richtungweisenden Darlegungen von *Kurt H. Biedenkopf*³, des Rektors der jungen Universität Bochum. Auch die Ausführungen von *Georg Picht*⁴ in seinem neuen Buch »Mut zur Utopie« bringen wichtige Beiträge zur Bedeutung der Wissenschaften in der Zukunft. Es muß jedoch ganz klarbleiben, daß die Wissenschaften als solche von politischen und ideologischen Einflüssen frei bleiben müssen, es sind vielmehr die *Wissenschaftler*, die sich ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber bewußt werden müssen, die die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit auf ihre Auswirkungen überprüfen oder aufgrund ihres besseren Wissens zu bedenklichen politischen Absichten Stellung nehmen müssen. Ein Vorbild solchen politisch verantwortungsbewußten Handelns sind zum Beispiel die 18 Göttinger Professoren, die mit *C.F. von Weizsäcker* an der Spitze 1953 gegen atomare Aufrüstung protestierten. *Wissenschaft darf eben nicht im luftleeren Raum be-*

³ Kurt H. Biedenkopf »Zum politischen Auftrag der Wissenschaft und der Universität« Sonderdruck aus Heft 4 der Bochumer Universitätsreden, 1968, Verlag Ferdinand Kamp Bochum.

⁴ Verlag Piper 1969.

trieben werden, sondern im Dienst an der Menschheit, in Verantwortung der menschlichen Gesellschaft gegenüber – eine zutiefst humane Forderung.

Diese Forderung hängt eng zusammen mit den Fragen, ob Forschung auf bestimmte Zwecke ausgerichtet sein darf. Zweckfreie Forschung, das einfache neugierig sein, wie es *Otto Hahn* betrieben hat, als er auf die atomaren Kräfte stieß, wird stets berechtigt sein und kann hohen Rang haben. Die zweckorientierte Forschung, die früher gerne als Entwicklungsarbeit abgewertet wurde, ist und war in den Technikwissenschaften vorherrschend und gewinnt für die Lebensmöglichkeiten der Menschen zunehmend an Bedeutung.

Wenn man bedenkt, daß Technik definiert wird als »die bewußte Herstellung und Anwendung von Mitteln, mit denen wir Wirkungen erzielen können, die nicht von der Natur aus von selbst eingetreten wären« (nach C.F. von Weizsäcker), dann ist klar, daß Technik-Wissenschaft und damit auch Technik-Forschung als auf Mittel zu einem Zweck ausgerichtet, in der Regel eben zweckorientiert sein muß. Auch wenn sie zweckfrei wie ein Spiel begonnen wird, werden doch mindestens im Unterbewußtsein des forschenden Ingenieurs immer wieder Anwendungszwecke auftauchen. Und das ist gut so, denn Technik hat ja nur Sinn in ihrer Anwendung für den Menschen, sie muß dem Menschen dienen. Dabei muß sich jeder anständige Technikforscher verpflichtet fühlen, keine inhumanen Zwecke zu verfolgen.

Die Anwendung ist heute in der Regel Sache der Industrie. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein Zusammenhang zwischen Technik-Wissenschaft und Industrie. Die Wissenschaften dienen den Ingenieuren in der Industrie nicht nur, indem sie wissenschaftlich ausgebildet werden, sondern auch indem sie laufend von verfügbarem Wissen Gebrauch machen oder selbst forschend das Wissen erweitern (Industrieforschung) oder ihre Probleme an Forschungsinstitute der Wirtschaft (zum Beispiel Batelle-Institut) oder an Institute der wissenschaftlichen Hochschulen zur Lösung weitergeben (Auftragsforschung). Diese erhalten damit Anregung und Auftrieb.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch die freie Forschung, wie sie an den Universitäten oder an unabhängigen Forschungsinstituten wie zum Beispiel Max-Planck-Instituten mit weitgehend staatlicher Finanzierung bevorzugt betrieben wird. Sie muß aus vielen Gründen nicht nur erhalten bleiben, sondern gefördert werden. Die Universität lebt von unabhängiger Forschung, vor allem hinsichtlich der dauernden Entwicklung der Lehre, die wieder der Industrie zugute kommt. So entsteht ein gegenseitiges Geben und Nehmen zwischen Universität und Industrie.

Der Zusammenhang zwischen Technik-Wissenschaften und Industrie geht heute so weit, daß die Industrie von den Technik-Wissenschaften, das heißt von den wis-

senschaftlichen Ausbildungsstätten, von den Forschungsinstituten und damit letztlich von den Wissenschaftlern in zunehmendem Maße abhängig ist, weil es kaum mehr Erzeugnisse gibt, bei denen Wissenschaft nicht eine wichtige, im Wettbewerb oft entscheidende Rolle spielt. Da die Industrie das Sozialprodukt, von dem wir leben, zu einem großen Teil erzeugt, hängt also unsere Lebensbasis mehr und mehr von der Qualität und dem Fortschritt der Technik-Wissenschaften ab.

Solche wachsende Interdependenz zwischen Bildung, Wissenschaft und Wirtschaftswachstum wird wohl allgemein anerkannt. Die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Industrie muß daher logischerweise gefördert werden; das Motiv für die Zusammenarbeit sollte aber die dienende Funktion der Gesellschaft gegenüber sein. Die Zusammenarbeit wirkt sich dann erfahrungsgemäß befruchtend für beide Teile aus. Der unabhängige Wissenschaftler bezieht in der Regel viele Anregungen aus den Kontakten mit der Praxis – nicht nur für seine Forschung, sondern vor allem auch für die Lehre, die ohne solche Zusammenarbeit rasch veralten würde.

Studenten und Assistenten haben nun in letzter Zeit wiederholt die Universität wegen angeblicher Abhängigkeiten von der Industrie – besonders im Hinblick auf Auftragsforschung – angegriffen. In extremen Fällen stehen marxistische Visionen dahinter, wie etwa das Bild der »Ausbeutung durch den Monopolkapitalismus«. Aber auch vernünftige Studenten und Assistenten sehen zum Teil die Industrie in der Gesellschaft und die Zusammenhänge zwischen Universität, Technik-Forschung und Industrie falsch, weil sie den da und dort vorhandenen Mißbrauch staatlicher Forschungseinrichtungen überbewerten.

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die Industrie, die Wissenschaftler und die Politiker, der Öffentlichkeit die Bedeutung der Zusammenarbeit der technischen Wissenschaftler und Forscher mit der Industrie und dem Staat zu gegenseitiger Befruchtung zum Wohl der Gesellschaft verständlich zu machen. Andererseits muß die Unabhängigkeit der Universität und damit die Freiheit der Forschung und Lehre unbedingt erhalten bleiben.

Die Unabhängigkeit des Forschers an Universitäten muß vor allem darin bestehen, daß er das Recht behält, seine Forschungsthemen frei zu wählen und bei Auftragsforschung grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse mindestens nach einer kurzen Schonzeit zu veröffentlichen. Es ist meist kurzsichtig, wenn man glaubt, dadurch Interessen der Industrie oder des Staates zu verletzen. Wissenschaftliche Erkenntnisse lassen sich nicht aufhalten, sie reifen meist zu einer gewissen Zeit an mehreren Stellen und es kommt nur darauf an, den Vorsprung des Einzelnen rasch zu nutzen. Die Industrie wird also auch bei Wahrung dieser Unabhängigkeit den

ihr im Interesse des Ganzen zustehenden Nutzen haben können. Vergessen wir nicht, daß wir alle – auch die Universitäten – im Zeitalter der Technik und der Wissenschaft nur leben und wirken können, wenn die Industrie ein stabiles Wachstum zu verzeichnen hat.

Was hier für die Technik-Wissenschaften und die Industrie gesagt wurde, gilt in ähnlicher Weise bei anderen Disziplinen für das Verhältnis zu Wirtschaft oder Politik. Auch dort findet eine zunehmende Orientierung an der Wissenschaft statt mit wachsender Rationalität, die eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Wirtschaftlern sowie Politikern zum Wohl der Gesellschaft einfach nötig macht. Es ist dabei im Interesse aller, die Unabhängigkeit und Freiheit der Universität zu wahren.

An deutschen Universitäten war es den Professoren stets möglich, unabhängig zu bleiben; es war und ist eine Frage ihrer ethischen Haltung. Diese Unabhängigkeit ist heute wichtiger denn je, wenn die Universität die kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen soll, die zum Schutz der Freiheit und der Demokratie mit Recht postuliert wird.

Entwicklung der Universität, Hochschulgesamtplan

Trotz den aufgezeigten Reformansätzen muß man die Zukunft der Universität mit großer Sorge betrachten, und zwar äußerlich wegen der starken Zunahme der Abiturienten in den Jahren nach 1970 und innerlich wegen des Unvermögens, die notwendige geistige Anpassung an die Veränderungen zu vollziehen, die mit dem stürmischen Fortschritt von Naturwissenschaft und Technik entstanden sind.

Die Zunahme der Abiturienten (Abb. 1) muß wie jede Zunahme der Schulbildung begrüßt werden. Wir dürfen dem Herrn Kultusminister unseres Landes, der Landesregierung und dem Landtag dafür dankbar sein, daß sie die Schulbildung so wirkungsvoll gefördert haben. Es ist auch ein Glück, daß unser Volk so bildungswillig und -fähig ist. Die Universitäten müßten jedoch in ihrer wesentlichen Funktion buchstäblich zugrunde gehen, wenn sie in wenigen Jahren alle diese Abiturienten aufnehmen müßten. Mehr Abiturienten ja, aber Abitur darf in Zukunft nicht mehr bedeuten, daß man damit unbedingt studieren müsse.

Der Herr Kultusminister sieht dies auch so und hatte deshalb schon im Juli 1966 den Arbeitskreis Hochschulgesamtplan gebildet, um Vorschläge für eine neue Ordnung im Hochschulbereich zu erlangen. Die diesbezüglichen Anregungen in meiner Antrittsrede zielten auf Fachhochschulen mit praxisorientierten Studiengängen neben den betont wissenschafts- und forschungsorientierten Studien an der Universität.

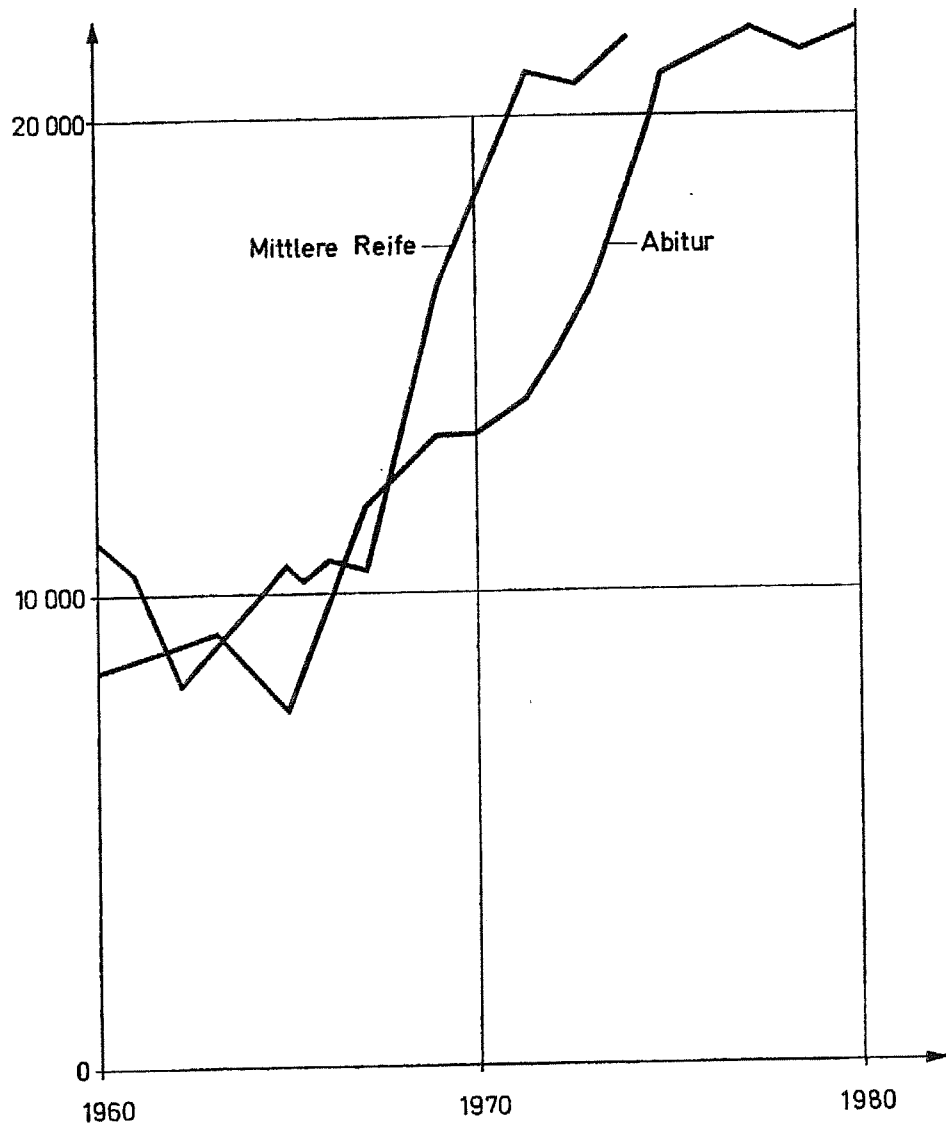


Abb. 1

Absolventen Höherer Schulen in Baden-Württemberg
von 1960 - 1980

Dahrendorf schlug Kurzstudiengänge neben dem Langstudium in der Universität und daneben auch Kurzstudien in Fachhochschulen vor. Inzwischen hatte der Landtag die Regierung beauftragt, in diesem Frühjahr einen Hochschulgesamtplan vorzulegen. Der Entwurf hierzu wurde in diesen Tagen veröffentlicht. Er enthält wesentliche Ergebnisse der Beratungen von Kommissionen der letzten Jahre, läßt aber mehrfach Varianten offen. Er muß nunmehr eingehend geprüft und öffentlich diskutiert werden. Seine Bedeutung für unsere Zukunft, im besonderen für die Wissenschaft und Forschung kann nicht hoch genug gewertet werden. Ich halte es daher für sinn-

voll, auch an dieser Stelle wichtige Gesichtspunkte für die naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen, wie sie sich nach Beratungen in unserer Universität ergaben, thesenartig für die Diskussion bereitzustellen:

1. *Die Universität muß in ihrer Aufgabe der Berufsausbildung durch Fachhochschulen entlastet werden*, damit sie in ihren wichtigsten Aufgaben, nämlich in Forschung und Entwicklung der Lehre die dringend nötige Qualität wieder erreichen und steigern kann. Die beiden Hochschularten bieten den verschiedenartigen Berufsbildern gerechtwerdende verschiedenartige Studiengänge an.
2. *Die Fachhochschulen bieten ein praxisorientiertes wissenschaftliches Studium an*, das in nicht zu großen Klassen und in langen Semestern gelehrt wird und so in angemessener kurzer Zeit von drei bis vier Jahren zum Abschluß führt. Die Studiengänge sollen durch Wahlfächer genügend differenzierbar sein.
3. *Die Universitäten bieten ein forschungsorientiertes wissenschaftliches Studium mit hohen theoretischen Anforderungen bei Wahrung der Lern- und Lehrfreiheit an*. Sie entwickeln Aufbaustudiengänge für wissenschaftlich begabte Absolventen des Grundlagenstudiums. Sie verstärken und verbessern ihre Forschungstätigkeit und greifen neue Wissenschaftsbereiche auf. Sie bereiten sich vor auf die großen Aufgaben der Zukunft, die heute schon erkennbar sind. Sie widmen sich der Wissenschaftsplanung. Die schon gestellte Aufgabe des Kontaktstudiums zur Fortbildung der im Beruf Stehenden, im besonderen der Lehrer und Dozenten ist umgehend in Angriff zu nehmen.
4. *Die Fachhochschulen arbeiten eng mit den Universitäten zusammen*, damit die Lehre durch den Kontakt zur Forschung ständig befruchtet wird und keine Prestigekluft entsteht. An Fachhochschulen wird nicht geforscht, Dozenten mit Forscherdrang erhalten bei Qualifizierung Gelegenheit, in den Instituten der Universität zu forschen. Das *kooperative Modell* verdient also den Vorzug vor der integrierten Gesamthochschule. Die Integration der verschiedenartigen Ausbildung in der Universität würde in der Durchführung auf zahlreiche große Schwierigkeiten stoßen.

Schon die Anfänge des forschungsorientierten Studiums müssen sehr verschieden sein vom praxisorientierten Studium und in die hohen Theorien der Grundlagenwissenschaften wie Mathematik, Physik, Mechanik usw. einführen, die der Ingenieur in der Praxis gar nicht tiefgehend braucht. Man kann also nicht die ersten Semester in der Fachhochschule studieren und dann zur Universität übergehen. Dieser Weg sollte nur als Ausnahme bei falsch eingeschätzter Begabung

gesehen werden. Man sollte auch nicht das geführte Studium in Klassen mit der akademischen Freiheit in der Universität vermischen. Die zwei Studienarten müssen zwar als im Status gleichwertig behandelt werden, sie sind aber auf verschiedenartige Berufsbilder auszurichten.

Es ist allerdings erwünscht, daß die Fachhochschulen am Ort der Universität stehen, um die Kooperation zu erleichtern und zum Beispiel das Zusammenleben der Studenten in gemeinsamen Wohnheimen zu ermöglichen.

5. *Den Abiturienten muß die Wahl der Studienart freigestellt werden.* Die Chancengleichheit muß damit gewahrt werden. Sie müssen allerdings fachkundig und objektiv beraten werden, um die richtige Wahl treffen zu können. Dabei müssen Neigung und Begabung nach Art und Höhe, Eigenständigkeit, Phantasie, Lernfähigkeit und Lernleistung, Charaktereigenschaften wie Willensstärke, Bereitschaft Verantwortung zu tragen u.a. den Anforderungen des angestrebten Berufes gegenübergestellt werden. Diese, den Abiturienten in der Oberprima begleitende *Studieninformation und Berufsberatung* wird heute weitgehend als geeignetes Mittel anerkannt, um die Weichen für die Berufswahl und die dem Einzelnen gerecht werdende Studienart richtiger zu stellen als bisher. Begabung und Leistung müssen für den Zugang zur Universität maßgebend werden und nicht allein Herkunft und Sozialprestige. So entsteht ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, indem begabte Arbeiter- und Bauernkinder gute Chancen erhalten. Nötigenfalls müssen die Universitäten Aufnahmeprüfungen einführen.

Es muß jedenfalls vermieden werden, daß weiterhin Studenten in großer Zahl an die Universitäten kommen, die der akademischen Freiheit und den hohen Anforderungen nicht gewachsen sind, die überfordert oder durch abstrakte Wissenschaften frustriert und dann unglücklich werden oder gar scheitern. Die gleichen Studenten können meist im geführten praxisorientierten Studium zum Erfolg kommen.

6. *Beide Studienarten müssen nach erfolgreichem Abschluß für die Berufe der Praxis auch in Behörden als gleichwertig behandelt werden.* Für den weiteren Aufstieg im Beruf müssen die Leistungen maßgebend sein und nicht wie bisher die Berechtigung nach Studienart.
7. *Bei der Wahl des Studienfaches und dem Ausbau der Kapazitäten wird man auf eine lockere Orientierung am Bedarf nicht verzichten können.*

Hierzu müssen rationale prognostische Grundlagen erarbeitet werden, da man gerade hierbei mit irrationalen Beschlüssen großes Unheil anrichten kann. Als Erläuterung hierzu verweise ich auf den Rückgang des Anteiles der Ingenieur-

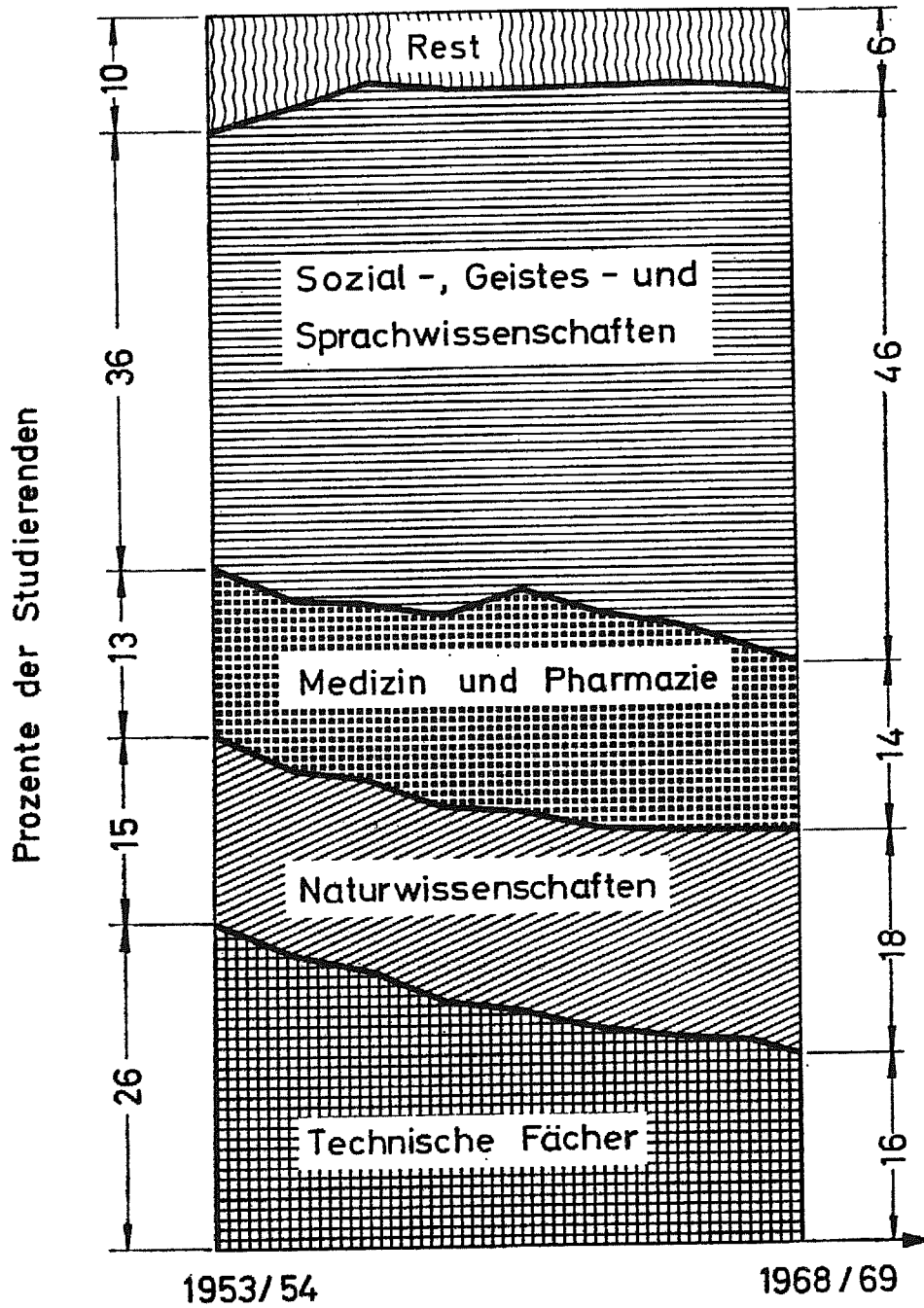


Abb. 2

Anteile der Studenten nach Fachrichtungen an den Universitäten Baden-Württembergs. Entwicklung von 1953 - 1968

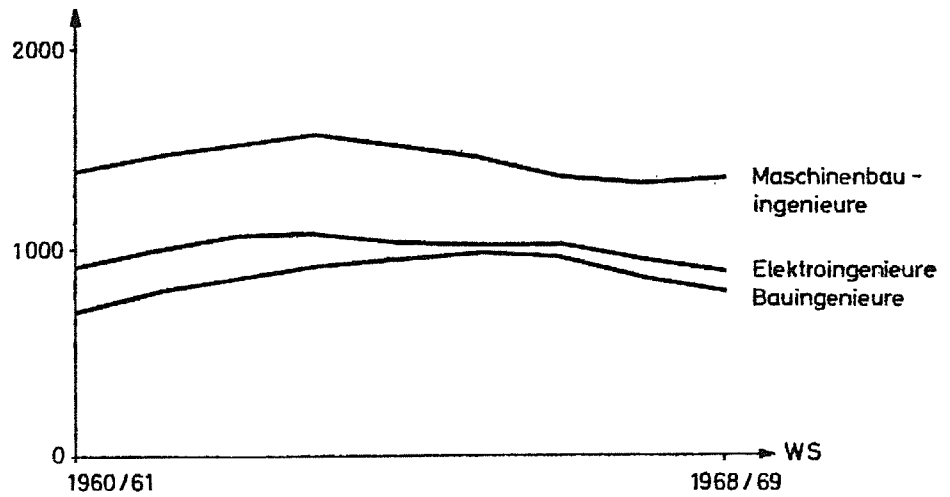


Abb. 3

Studenten an der Universität Stuttgart in Ingenieurfächern

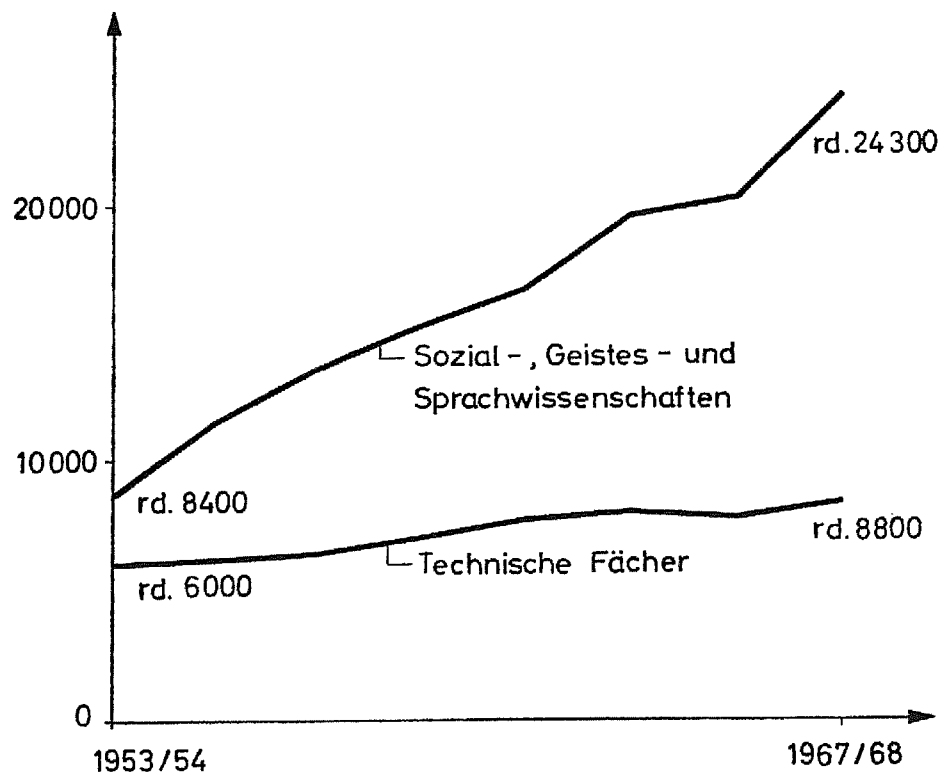


Abb. 4

Entwicklung der Zahl der Studenten in Baden-Württemberg in den genannten Fächern

studenten (Bild 2) von 26% auf 16% innerhalb der letzten fünfzehn Jahre. In der gleichen Zeit hat der Anteil der Studenten in geistes-, sprach- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen lawinenartig von 36% auf 46% zugenommen. Die Kapazitäten der meisten Ingenieur fakultäten sind nicht ausgenutzt (Bild 3), während die genannten anderen Bereiche zum Teil mit 100% überfüllt sind. Ich sehe darin zum Teil eine Folge des unseligen Saarbrücker Abkommens der Kultusminister von 1960, nach dem an Gymnasien naturwissenschaftliche Fächer, zum Teil auch Mathematik in den oberen Klassen ganz abgewählt werden können. Unsere Abiturienten werden damit bevorzugt von technikfeindlichen Lehrern beeinflusst (Bild 4).

Die Stiftung Volkswagenwerk hat zur Korrektur dieses unheilvollen Beschlusses einen Betrag von 75 Millionen DM zur Verfügung gestellt, um durch Prämien Studenten für Mathematik und Naturwissenschaften zu gewinnen. Erfreulicherweise hat Herr Kultusminister Hahn als erster diese Abwählbarkeit so wichtiger grundlegender Bildungsfächer für unser Land mit dem Beginn des kommenden Schuljahres aufgehoben. Die Kultusminister der anderen Länder werden hoffentlich folgen.

An den heute klar vorliegenden Folgen werden wir noch schwer zu leiden haben, denn wo sollen die vielen Soziologen, Politologen, Psychologen, Juristen, Volkswirtschaftler unterkommen, um ihre Existenz zu sichern? Bedenken wir doch, daß Agrarwirtschaft und Industrie, die das Sozialprodukt zum großen Teil erzeugen, im wesentlichen von Naturwissenschaftlern und Technikern betreut werden, und die anderen Gruppen zu einem hohen Teil von den aus dem Sozialprodukt gezogenen Steuern leben wollen. Es wäre auf alle Fälle falsch, die Kapazitäten in diesen überfüllten Studienfächern nur des Andranges wegen zu erweitern, ohne den wirklichen Bedarf und die angedeuteten Folgen zu beachten.

8. *Die Priorität für die Kapazitätserweiterung* muß bei den Fachhochschulen liegen, sie müssen bevorzugt ausgebaut werden. Sie sollten mit der Zeit in geeigneten Fächern 50% der studierenden Abiturienten aufnehmen. Die Universität Stuttgart sollte also keinesfalls von 7000 auf 12000 Studienplätze vergrößert werden, wie es der Regierungsplan vorsieht. Vielmehr müssen Fachhochschulen gebaut werden. Diese Hochschulen müssen teilweise neu geschaffen werden, teilweise bestehen geeignete Institutionen wie die Pädagogischen Hochschulen, teilweise können sie aus Fachschulen heraus entwickelt werden, wie zum Beispiel aus qualifizierten Ingenieurschulen. Die Pädagogischen Hochschulen müssen die Grundausbildung der Lehrer in verstärktem Maß übernehmen, um die Universitäten zu entlasten,

die sich mehr um Vertiefung in Hauptfächern und um die Fortbildung der Lehrer bemühen müßten.

Bei den Ingenieurschulen muß vor allem bedacht werden, daß die Zahl der Absolventen von Realschulen mit mittlerer Reife noch mehr zunimmt als die der Abiturienten (Abb. 1). Nur ein Teil der Realschüler wird die Schule bis zur Hochschulreife fortsetzen. Viele von ihnen wollen direkt in die Berufsausbildung. Diesen jungen Menschen muß der Weg zu technischen Berufen unbedingt vermehrt angeboten werden, weil der Bedarf an graduierten Ingenieuren und höheren Technikern bei weitem nicht befriedigt ist und zunimmt. Es wäre daher falsch, alle Ingenieurschulen in den Hochschulbereich anzuheben. Man müßte dann diese meist erst im letzten Jahrzehnt neu gebauten Schulen sofort wieder neu bauen und mit Lehrern ausstatten. Zweifellos ist es richtiger, die Fachhochschulen neu zu bauen, und zwar gleich am Ort der Universität, damit die Kooperation im Hochschulbereich erleichtert wird. In all diesen Fragen muß man endlich Forderungen, die im Hintergrund einem Prestigedenken entspringen, zurückdrängen und den Entscheidungen nüchterne rationale Überlegungen zugrunde legen.

9. *Bundesrahmenkompetenz.* Es ist erfreulich, daß unser Land als erstes Pläne für die Neuordnung des gesamten Hochschulbereiches zur Diskussion stellt. Andererseits müssen gewisse Grundlagen des Bildungswesens auch im Hochschulbereich für alle Bundesländer einheitlich bleiben. Die von Kultusminister Hahn und anderen Politikern in letzter Zeit befürwortete Rahmenkompetenz des Bundes im Bereich des Hochschulwesens muß daher unbedingt verwirklicht werden. Für diese und den Hochschulgesamtplan ist Eile geboten, weil die nötigen Maßnahmen ohnehin schon vor einiger Zeit hätten eingeleitet werden müssen.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg des Hochschulgesamtplanes im menschlichen Bereich ist der *Ausbau der Berufsberatung auf wissenschaftlicher Grundlage.* Er wird mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen, weil das notwendige Wissen hierzu noch zu einem großen Teil fehlt. Die Methoden zur Ermittlung der Begabungsspektren und Talente sowie die zu einem Beruf gehörigen Anforderungen an Begabung und Charaktereigenschaften müssen entwickelt und die Berater ausgebildet werden. Hierzu ist es nötig, Forschungsaufträge zu vergeben, berufspsychologische Institute und Studiengänge einzurichten, Erfahrungen anderer Länder, besonders der USA und der Schweiz auszuwerten, kurzum eine rege gezielte Tätigkeit zu entwickeln, von der noch wenig zu bemerken ist, obwohl die Aufgabe als dringend erkannt ist.

Die Berufsberatung der Abiturienten wird bisher von den Arbeitsämtern der

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung in sehr anerkennens- und dankenswerter Weise vor allem in den großen Städten wahrgenommen. Man weiß dort, wie stark es an Grundlagen fehlt und was noch geschehen muß. Eine enge Zusammenarbeit mit dieser Beratergruppe ist nötig. Die Berufsberatung gehört jedoch dem Kultusministerium angegliedert und es ist seine Aufgabe, diesen neuen Beruf zu entwickeln. Die Studiengänge hierfür fehlen aber noch. Dabei könnten Hunderte der heutigen Psychologie- und Soziologie-Studenten einer für die Gesellschaft nützlichen Tätigkeit zugeführt werden, durch die vielen Menschen mehr Befriedigung beim Studium und im Beruf vermittelt werden kann.

Ich deutete an, daß bei der Wahl des Studienfaches und der Studienart die Begabung, Fähigkeiten und Charaktereigenschaften usw. eine Rolle spielen müssen. Neuerdings bestreiten Gutachter des Bildungsrates in einem 500 Seiten starken Band mit dem Titel »Begabung und Lernen«, daß *Begabung* ein brauchbarer Begriff sei, ja sie bestreiten, daß Menschen überhaupt oder gar unterschiedlich begabt seien. Als Leitspruch gelte künftig: »man ist nicht begabt, sondern man wird begabt« und alles hänge von der Lernfähigkeit, dem Lernprozeß und der Lernleistung ab. Hier besteht die Gefahr, daß Geisteswissenschaftler naturwissenschaftliche Tatsachen wegdenken, denn die Biologie kann längst die großen genetischen Unterschiede der Individuen nachweisen. Diese sind eine der weisesten Einrichtungen der Natur, denn ohne diese Unterschiede der Begabungen wäre die menschliche Gesellschaft unfähig zusammenzuleben. Alle Versuche, menschliche Gesellschaften auf dem Gleichheitsprinzip aufzubauen, sind bekanntlich fehlgeschlagen, stets haben sich durch Ausleseprozesse Hierarchien gebildet. Natürlich spielt die Entwicklung der Begabung durch Lehre und Lernprozesse später die entscheidende Rolle für die Leistung, aber primär muß Begabung gegeben sein und sie ist unterschiedlich. Wollen wir hoffen, daß hier nicht erneut irrationale Lehren eine unheilvolle Rolle im Bildungswesen spielen werden.

Finanzierung

Betrachten wir uns den Hochschulgesamtplan im Hinblick auf die wachsenden Zahlen und die wachsenden qualitativen Anforderungen, so wird klar, daß dies alles enorme finanzielle Anstrengungen erfordert und daß dies bei der staatlichen Finanzplanung so rasch wie möglich zu berücksichtigen ist. Dabei müßte beachtet werden:

1. Die Universitäten dürfen nicht einfach quantitativ aufgeblasen werden, sie müssen vielmehr qualitativ besser ausgestattet und für verstärkte Forschung, für Aufbau-

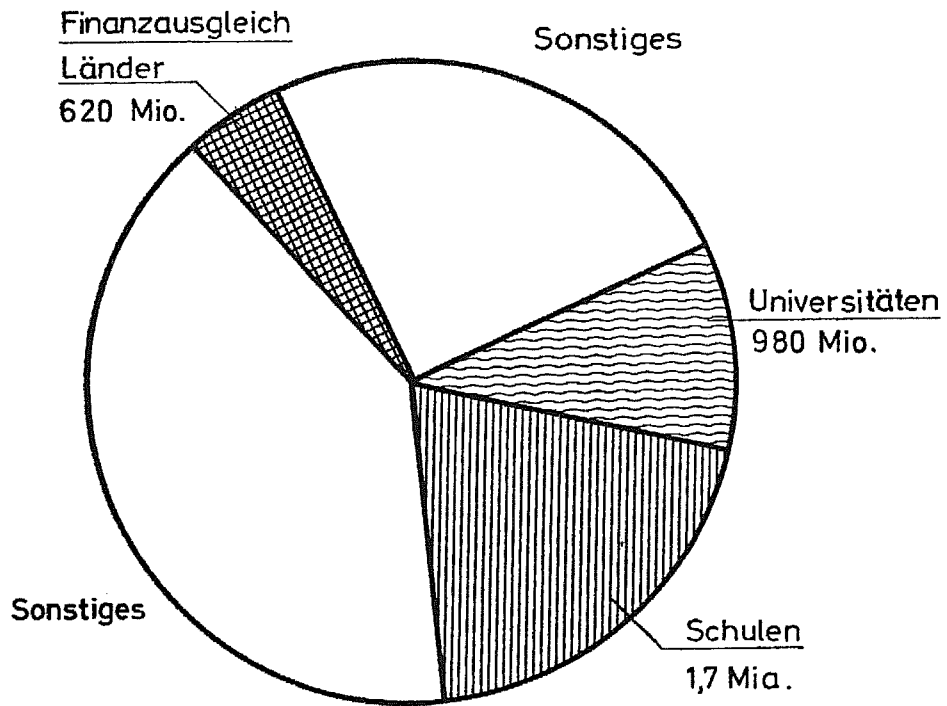
studien, für Fortbildung und insbesondere für lebenswichtige neue Fachbereiche wie Informatik, Technik der Datenverarbeitung, Berufspsychologie, Hochschuldidaktik, Zukunftsplanung, Wissenschaftsplanung, neue Zweige der Biologie usw. ausgebaut werden.

2. Die notwendige Ausweitung der Kapazität, das heißt die Vermehrung der Studienplätze muß schon aus ökonomischen Gründen bevorzugt in Fachhochschulen geschehen.
3. Die Berufsberatung muß als hilfreiches Instrument für die richtige Wahl der Studienart und der Studienrichtung aufgebaut und in großer Breite eingesetzt werden.
4. Schließlich müssen Anstrengungen unternommen werden, die Lehrinhalte in vielen Disziplinen zu erneuern und sie dem großen naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnisfortschritt anzupassen.

Nun muß man dankend anerkennen, daß schon 1964 der damalige Ministerpräsident Kiesinger und auch der jetzige Ministerpräsident Filbinger in seiner Regierungserklärung vom 27. Juni 1968 »die tiefgreifende Reform des Bildungswesens als Kernstück des landespolitischen Auftrags der Regierung« bezeichnet haben. Herr Kultusminister Hahn bemüht sich mit Nachdruck um diese große Reform und hat mit seinem Schulentwicklungsplan schöne Erfolge erzielt. Finanzminister Gleichauf hat die 1966 zu hart angezogene Finanzbremse gelöst und bewirkt, daß die Landesregierung im Februar dieses Jahres ein Sonderprogramm, insbesondere für Hochschulbauten für die Jahre 1969 bis 1972 beschlossen hat, das schlimmste Not lindern wird. Man gibt sich jedoch einer falschen Hoffnung hin, wenn man glaubt, damit 25000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen, was einer Steigerung um 50% entsprechen würde. Durch viele dieser Bauten werden bisherige Provisorien oder unzulängliche gemietete Räume abgelöst. Die Anforderungen, die der Hochschulgesamtplan mit sich bringt, sprengen jedoch den Rahmen der bisherigen Finanzplanung. Bei so viel gezeigtem guten Willen der Landesregierung fällt eine solche Feststellung schwer. Auch manchem Bürger mag es rätselhaft erscheinen, wenn erneut starke finanzielle Anstrengungen für den Hochschulbereich gefordert werden müssen.

Hier kommt es darauf an, daß die Politiker den Bürger von der Notwendigkeit solcher Zwänge zu überzeugen verstehen.

Wenn man nun den *Landeshaushalt* betrachtet (Abb. 5), so stellt man fest, daß das Land Baden-Württemberg für kulturelle Aufgaben bereits rund 31% seines Haushaltes ausgibt, wobei allerdings für Universitäten und Forschung noch nicht einmal ein



Kulturelle Aufgaben Gesamt : 2,9 Mia. \approx 31%

Abb. 5

Landeshaushalt Baden-Württemberg 1969. Gesamt: 9,4 Mia. DM

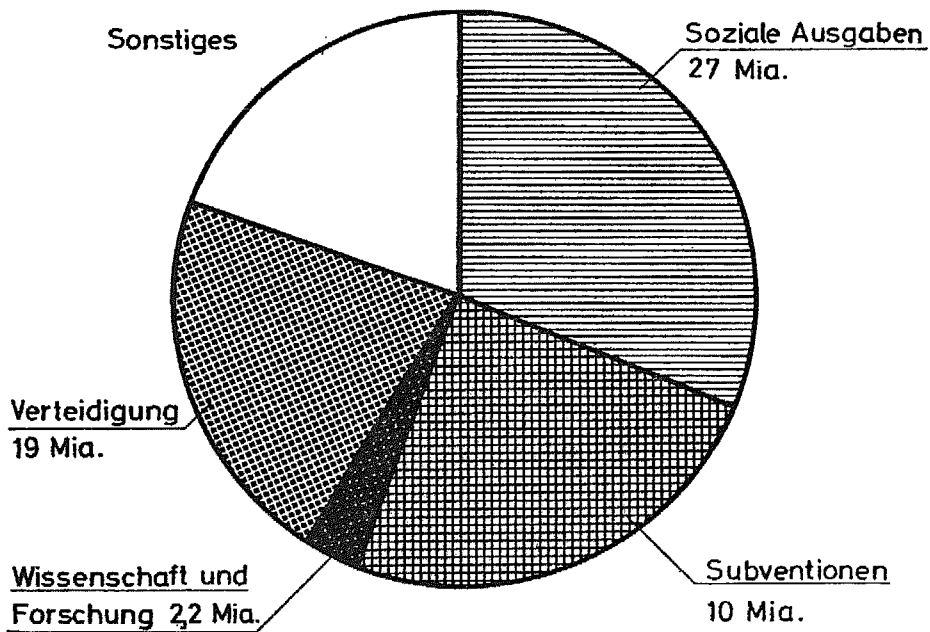


Abb. 6

Bundeshaushalt 1969. Gesamt: 83 Mia. DM

Drittel hiervon entfällt. Den Anstrengungen für die Schulen müssen daher jetzt erhöhte Anstrengungen für den Hochschulbereich folgen. Die meisten Ausgaben des Landes beruhen jedoch auf gesetzlichen und anderen festen rechtlichen Verpflichtungen. Der für politische Entscheidungen verfügbare Teil, die sogenannte Manövriermasse, ist sehr gering. Die mögliche und von vielen geforderte Vereinfachung der Verwaltung würde nie die nötigen Summen freisetzen. Lediglich der Finanzausgleich unter den Ländern, der rund 6% des Haushaltes ausmacht, müßte in Frage gestellt werden, zudem Baden-Württemberg mit neun Landesuniversitäten bei insgesamt nur 40 Universitäten im Bund bekanntlich zahlreichen Studenten aus anderen Bundesländern Studienplätze bereitstellt. Wenn auch das Studieren fern vom Elternhaus grundsätzlich zu begrüßen ist, so erbringt unser Land hier doch eine Sonderleistung, die eigentlich bei der Regelung des Länder-Finanzausgleiches berücksichtigt werden müßte.

Bei dieser Situation richtet sich der Blick mit Recht auf den *Bund*, in dessen *Haushalt* (Abb.6) Wissenschaft und Forschung bisher nur mit 2,2 Milliarden oder nur rund 2,5% zu Buche stehen, wobei rund die Hälfte für Kern- und Raumforschung sowie Datenverarbeitung und nur ein kleiner Teil als Hilfe für den Ausbau der Universitäten gegeben wird. Auch die neuerdings verstärkt vorgesehene Beteiligung des Bundes bei Aus- und Neubau der wissenschaftlichen Hochschulen wird bei weitem nicht ausreichen. Vergleicht man mit diesen Beträgen die sozialen Ausgaben mit rund 27 Milliarden, die Subventionen mit rund 10 Milliarden und den Verteidigungshaushalt mit rund 19 Milliarden, so muß man sich fragen, ob hier nicht Ersparnisse von wenigstens 5% möglich sein sollten, was immerhin 2,5 Milliarden jährlich ergeben würde. Bei den Sozialausgaben sollen sicherlich nicht die Leistungen für Notleidende reduziert werden. Wir alle wissen jedoch, daß viele Bürger soziale Leistungen erhalten, die von ihrer materiellen Situation her gesehen einfach überflüssig erscheinen. Hier müßte es möglich sein zu differenzieren. Auch bei den Subventionen könnte ein härterer Maßstab angelegt werden. Bei der Verteidigung ist eine gründliche Überprüfung des Verhältnisses von Aufwand zu Wirkungsgrad und zu den Chancen des Überlebens in Freiheit im Ernstfalle notwendig. Wir müssen entschieden mehr beachten, daß die Macht durch Wissenschaft und Forschung mehr und mehr die Macht durch fragwürdige militärische Mittel ablöst. Was die Macht durch Wissenschaft anbelangt, so verweise ich nochmals auf das neue Buch von *Georg Picht*.

In Zukunft wird die Existenzmöglichkeit eines Volkes oder einer Völkergruppe immer mehr vom Stand der Bildung und Wissenschaft abhängen. Dabei schließe ich

mit dem Begriff »Bildung« auch die Entwicklung ethischer Kraft ein, von deren Bedeutung das tschechoslowakische Volk ein eindrucksvolles Beispiel gegeben hat. Gerade im Hinblick auf die Sicherung unserer Existenz halte ich es für dringend notwendig, daß im Bundeshaushalt die Prioritäten anders gesetzt und den Ländern zusätzliche Mittel für die Bildungsaufgaben – jedoch ohne Beteiligungs-Bedingung – gegeben werden.

Wollen wir es als eine Hoffnung betrachten, daß der Bundeskanzler auf dem Kulturkongreß der CDU/CSU am 2. März dieses Jahres erklärte, daß gewaltige finanzielle Anstrengungen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Bildung in den nächsten Jahren notwendig sein werden. Bundesminister Stoltenberg erläuterte diese Äußerung zu Recht dahingehend, daß eine Umstrukturierung der Haushalte zugunsten von Bildung und Wissenschaft notwendig sei. Dies kann von den Universitäten aus im Hinblick auf die Erfordernisse des Hochschulgesamtplanes nur nachdrücklich bestätigt werden.

Hoffnung

Ich habe viel von der Not der Universität gesprochen und die Hoffnung glimmt nur schwach. Man muß jedoch zuerst die Not und ihre Ursachen analysieren, um richtige Maßnahmen zur Heilung ergreifen zu können. Diagnose und Therapie müssen noch weiter gründlich und mit *Vernunft*, frei von parteipolitischen Einflüssen und zusammen mit den betroffenen Gruppen – also auch mit Studenten – diskutiert und abgeklärt werden. Ich glaube aber, daß wir auf einem guten Weg sind.

Ich betone die Vernunft, die Ratio, und dennoch muß ich abschließend sagen, daß Hoffnung nur dann stark sein kann, wenn man glauben kann und zwar glauben daran, daß sich das Gute immer wieder über die Not erhebt und daß gerade aus der Not Gutes geboren werden kann. Es ist aber der Glaube an den zunehmenden Einfluß der Vernunft und der auf Vernunft gründenden und der Wahrheit verpflichteten Wissenschaften, der Hoffnung gibt. Die Vernunft muß mit der Bildung an den strengen Wissenschaften wachsen, die Vernunft muß in der Kooperation gedeihen und die Vernunft wird uns auch lehren, die Zukunft besser zu planen als bisher. Und wenn ich an meine vielen Gespräche mit vernünftigen Assistenten und Studenten denke, dann ist meine Hoffnung groß.

Dank

Lassen Sie mich nun zum Schluß Dank sagen all denen, die während meines Rektorates für die Universität Stuttgart gewirkt und zu ihren Leistungen beigetragen haben.

Ich beginne mit einem Dank an die Herren Minister unserer Landesregierung, insbesondere an die Herren Kultusminister Hahn und Finanzminister Gleichauf und ihre zuständigen Referenten, die sich die Sorgen um die Universität Stuttgart zu eigen gemacht haben. Dank sei auch all den Landtagsabgeordneten, die sich durch Besuche an der Universität Stuttgart bei verschiedenen Gelegenheiten informiert und damit ihr Interesse bekundet haben. Ich möchte hier besonders den Kulturpolitischen und den Finanzpolitischen Ausschuß des Landtages hervorheben. Dank sei ferner gesagt all den Vertretern der Ministerien und Behörden, mit denen die Universität Stuttgart zu tun hat, insbesondere den Herren der Bauabteilungen und Bauverwaltungen. Nicht vergessen möchte ich den Dank an die Steuerzahler, von deren Leistungen die Bildungseinrichtungen und die vielen Beamten leben.

Mein besonderer Dank gebührt all den Förderern und Freunden unserer Universität, die als Angehörige der Wirtschaft, der Industrie oder der freien Berufe durch Stiftungen oder durch ideelle Hilfen uns in unseren Aufgaben unterstützt haben. Ich denke hierbei bevorzugt an unsere »Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart«.

Wenn ich nun zum Dank an die Mitglieder der Universität übergehe, dann möchte ich zunächst die Leistungen der Universität Stuttgart mit einigen Zahlen darlegen, damit der durch die Studentenkrawalle in der Öffentlichkeit zum Teil entstandene Eindruck, daß die Universitäten nicht mehr richtig funktionieren würden, die notwendige Korrektur erfährt. Die Leistungen unserer Universität sind durch die Studentenunruhen so gut wie nicht beeinträchtigt worden, lediglich die Nerven einzelner Professoren und Assistenten und auch einiger Hausmeister wurden gelegentlich arg strapaziert.

Die Universität Stuttgart hat im letzten Wintersemester insgesamt 7007 Studenten die Möglichkeit zu einem ordnungsgemäßen Studium geboten. Zur Feststellung ihrer Lernleistungen wurden im letzten Studienjahr viele Tausende Prüfungen, meist in Form von schriftlichen Prüfungen abgehalten. Die Zahl der Vorlesungsthemen des letzten Studienjahres betrug 1073, die Zahl der Themen für Übungen und Seminare 1391. 820 Studenten haben im vergangenen Jahr ihr Studium mit einem Diplomzeugnis abgeschlossen.

Auf dem Gebiet der Forschung sind zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten der Professoren und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter entstanden und weitgehend veröffentlicht worden. Viele unserer Professoren und Institute genießen internationalen Ruf. Der wissenschaftliche Nachwuchs hat im vergangenen Studienjahr seine Qualifikation in 203 Doktor-Dissertationen nachgewiesen. Dabei ist zu beachten,

daß an die Doktorarbeiten in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen hohe Anforderungen gestellt werden und daß häufig zwei bis drei Jahre selbständiger wissenschaftlicher Arbeit erforderlich sind, um zum Erfolg zu gelangen.

Hinter diesen Leistungen in Lehre und Forschung steht die hingebende und intensive Arbeit vieler Professoren. Die überwiegende Mehrzahl der Professoren nimmt ihre Aufgabe sehr ernst und 70 bis 80 Arbeitsstunden je Woche sind bei vielen die Regel. Es ist betrüblich, daß selbst führende Politiker der Meinung sind, daß Professoren, die nur sechs bis acht Vorlesungsstunden je Woche haben, nicht ausgelastet seien. Man vergißt völlig, wieviel Zeit heute in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern nötig ist, um allein neue Forschungsergebnisse im Schrifttum, besonders auch im ausländischen Schrifttum, zu verfolgen und laufend in die Lehre zu übertragen. Die Betreuung und Weiterbildung der Assistenten, die Betreuung der Diplom- und Doktorarbeiten, die Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen, die in manchen Fächern Hunderte von Studenten betreffen, erfordern viel Zeit. Die meisten Professoren haben außerdem ehrenamtlich in wissenschaftlichen Ausschüssen, teilweise in internationalen Gremien mitzuwirken und oftmals Gastvorträge verschiedenster Art im In- und Ausland zu halten. Sie werden häufig von Gerichten, Behörden oder Unternehmungen zur Klärung strittiger oder schwieriger Aufgaben als Gutachter herangezogen. Dazu kommt die Tätigkeit in der Selbstverwaltung der Universität, die durch die im Gang befindlichen Reformen einen beachtlichen Umfang angenommen hat. Durch all diese Belastungen kommt die Forschung bei vielen zu kurz. Leider müssen in Deutschland die Professoren auch viel Zeit aufwenden, um die notwendigen Gelder für ihre Forschung zu beschaffen und den dazugehörigen Papierkrieg zu führen.

All diesen meinen Kollegen, die ihre Aufgabe als Hochschullehrer ernst nehmen, sei hier nachdrücklich Dank gesagt und ich verbinde diesen Dank mit der ernststen Bitte, ihrer Aufgabe auch bei der Durchführung der vor uns stehenden Reform treu zu bleiben.

Ein gesteigerter Dank gebührt denjenigen Professoren, die neben ihren Pflichten für Lehre und Forschung Ämter wie das des Abteilungsleiters, des Dekans oder gar des Prorektors zusätzlich übernommen hatten oder in arbeitsintensiven Gremien wie dem Wissenschafts- oder Bildungsrat, der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder in Kommissionen unseres Kultusministeriums mitwirken. Hier seien die Herren Prorektoren Meckelein und Blenke und die Professoren Bredereck, Dosse und Pick besonders hervorgehoben.

Mein Dank geht weiter an die vielen Hundert akademischen Mitarbeiter, die heute einen so großen Anteil an der Arbeit innerhalb der Universität und damit an Lehre und Forschung haben und die gleichfalls voll ausgelastet sind, wenn sie ihre Aufgabe, insbesondere ihre selbständige wissenschaftliche Weiterbildung ernst nehmen.

Dem technischen und Verwaltungspersonal danke ich für die treue Pflichterfüllung bei all den vielen täglichen Aufgaben.

Schließlich möchte ich den Studenten der Universität Stuttgart bestätigen, daß sie in großer Mehrheit sich ernsthaft um gute Studienleistungen bemühen und in vielen Fällen ein beachtliches Niveau beim Abschluß des Studiums erreichen. Den Studenten danke ich besonders dafür, daß sie sich bei den Wahlen für das Studentenparlament im wesentlichen für vernünftige Kandidaten entschieden haben. Auch haben die Mitglieder des AStA während der letzten beiden Jahre die studentische Selbstverwaltung mit Besonnenheit geführt, obgleich auch die Stuttgarter Studentenschaft sich in ihrer Kritik an politischen Mißständen nicht zurückgehalten und ihre Forderungen nach Reform der Universität tatkräftig vertreten hat.

Mit Freude darf ich feststellen, daß das Verhältnis zu unserer Studentenschaft auch in dieser kritischen Zeit gut war. Ich danke hier besonders den Präsidenten des in meiner Amtszeit neu geschaffenen Studentenparlamentes, den Herren H. W. Nebel und H. Brackmann, sowie den 1. Vorsitzenden des AStA, den Herren W. Springer und R. Addicks.

Ein ganz besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung verdient einer, der sich bescheiden im Hintergrund hält und bei dem doch alle Fäden zusammenlaufen, der in aufregenden Situationen mit Ruhe und Gelassenheit notwendige Maßnahmen vorschlägt oder ergreift. Ich meine Herrn Regierungsdirektor Kammerer, der oftmals bis spät in die Nacht seine Aktenberge herunterarbeitet. Er hat mich in meinen Amtsgeschäften hervorragend unterstützt.

Schließlich habe ich meinen engsten Mitarbeitern im Rektorat für ihre oftmals aufopfernde Arbeit zu danken; es sind dies einmal mein Rektoratsassistent Dr. Weller, dem auch die Öffentlichkeitsarbeit oblag, dann meine Sekretärin, Frau Nitzsche, die mich bei meiner Amtsführung sehr zuverlässig und stets hilfsbereit und freundlich unterstützte.

Mein letzter Dank gilt den getreu sorgenden Ehefrauen, die im Hintergrund dem Rektor, den Professoren und vielen hart arbeitenden Männern gute Lebenskameraden sind. Ihr Anteil am Bereiten des Bodens für fruchtbare wissenschaftliche Arbeit darf nicht unterschätzt werden.

Ich hoffe und wünsche nun sehr, meine Damen und Herren, die Sie mit der Universität Stuttgart verbunden sind, daß Sie dieser Hohen Schule weiterhin die Treue halten und sich für ihr Wachsen und Gedeihen und insbesondere für das Gelingen der Reform voll einsetzen werden.

Ich komme nun zu meiner letzten Amtshandlung, der Rektoratsübergabe. Ich darf Herrn Professor Blenke bitten, hier heraufzukommen.

Lieber Herr Kollege Blenke: Der Große Senat unserer Universität hat Sie ordnungsgemäß zum Rektor für das Amtsjahr 1969/70 gewählt. Sie haben die Wahl in dankenswerter Weise angenommen, obwohl dieses hohe Amt heute ungewöhnliche Anforderungen stellt. In Ihre Amtszeit fällt die Durchführung der mit unserer neuen Grundordnung beschlossenen Reform. Dies erfordert viel Einsicht in das Wesentliche und Inhaltliche der im Gang befindlichen Veränderungen. Ich wünsche Ihnen von Herzen Kraft und Geschick bei der Führung dieses Amtes. Ich werde mich bemühen, Sie dabei nach Kräften zu unterstützen.

Ich verpflichte Sie nunmehr durch Handschlag auf die Verfassung unserer Universität; ich überreiche Ihnen als äußeres Zeichen Ihres hohen Amtes die goldene Amtskette des Rektors mit allen guten Wünschen unserer ganzen Universität für eine erfolgreiche und glückliche Amtszeit.

Eurer Magnifizienz darf ich nun als erster meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Zum Bericht des scheidenden Rektors
Prof. Dr.-Ing. Fritz Leonhardt
über die Studienjahre 1967/68 und 1968/69

PERSONALIA (Stand 1. April 1969)

Todesfälle

Die Universität Stuttgart gedenkt in Ehrfurcht ihrer Toten:

Ehrenbürger

Ehrendoktor Professor MAX KADE, Präsident der Max-Kade-Foundation,
New York (USA);
Altlandtagspräsident, Minister a.D. WILHELM KEIL, Ludwigsburg;
Professor Dr.Dr.h.c. OTTO HAHN, Ehrenpräsident der Max-Planck-Gesell-
schaft, Göttingen;
Ehrensator Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. OTTO FAHR, Geschäftsführender Gesell-
schafter der Firma Werner & Pfleiderer, Stuttgart, 1. Vorsitzender der Ver-
einigung von Freunden der Universität Stuttgart e.V.;

Ehrensatoren

Direktor CLEMENS FÖCKELER, Offenbach;
Direktor Dipl.-Ing. HANS RIEFLER, Nesselwang;
Oberingenieur i.R. EMIL TRATZ, Nürnberg;
Fabrikant FRITZ ROSER, Stuttgart;
Geschäftsführer HANS OTTO METZGER, Höfen;
Fabrikant ERICH HERION, Fellbach;
Oberingenieur KARL RABE, Korntal;
Dr. ALBERT SOMMER, Montagnola (Schweiz);
Dr. rer. nat. h. c. Dr.-Ing. E.h. RICHARD SEIFERT, Hamburg;

Ehrendoktoren

Honorarprofessor REINHARD STRAUMANN, Waldenburg (Schweiz);
Fabrikant KARL F. NÄGELE, Stuttgart;
Regierungsbaumeister MAX LÜTZE, Hamburg;

Dr.-Ing. GUIDO ZIERSCH, Wuppertal;
Bauunternehmer OSKAR MUY, München;
Verleger JULIUS SPRINGER, Berlin;

Professoren

em. Ordinarius LEOPOLD ROTHMUND,
apl. Professor Dr.-Ing. EBERHARD SAUER,
Honorarprofessor Dr. phil. HERMANN KELLER,
em. Ordinarius Dr. rer. nat. MANFRED BRÄUHÄUSER,
em. Ordinarius Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. ERWIN NEUMANN,
Honorarprofessor Dr. phil. ERICH FRIEDRICH PODACH,
em. Ordinarius Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. RICHARD DÖCKER;

Angehörige des weiteren Lehrkörpers:

Dr.-Ing. CARLOTTO MARTIN
(Leiter der Planungsgruppe der Fakultät für Maschinenwesen),
PETER DORNAUS (Wissenschaftlicher Mitarbeiter),
Dr. rer. nat. BERND FRITZ (Privatdozent);

Studenten:

DIETRICH MUMMENTHEY,
WOLFGANG HEIMEIER,
KARL JOSEF OTTEN,
HANS-CHRISTIAN PANCRATZ,
ERNST MARTIN SAUER,
HEINRICH ALLGAIER;

Angehörige des technischen und Verwaltungspersonals:

FRANZ ZIPFEL,
KLAUS BECHTOLD,
EUGEN ELSÄSSER,
RUDOLFINE FEHM,
HERBERT THEUMER,
ALFRED EISENREICH,
HARTMUT DAMM,
KARL GOHL,
GUSTAV ENTENMANN,

WILHELM HÄBERLE,
HEINZ SCHEMPERG,
JOSEF LÄMMER,
JOSEF HEGBLE.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

In den Stand eines Emeritus sind getreten

die Professoren

Dr.-Ing. JOSEF JEHLICKA (Fakultät für Maschinenwesen),
Dipl.-Ing. CARL MARTIN DOLEZALEK (Fakultät für Maschinenwesen),
Dr.-Ing. Dr.techn. E.h. ADOLF LEONHARD (Fakultät für Maschinenwesen),
Dr.rer.nat. KONRAD BERNHAUER
(Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften),
HARALD HANSON (Fakultät für Bauwesen),
ULRICH SENGER (Fakultät für Maschinenwesen),
Dr.-Ing. WILHELM BADER (Fakultät für Maschinenwesen),
Dr.-Ing. FRAN BOŠNJAKOVIĆ (Fakultät für Maschinenwesen),
HANS BRÜLLMANN (Fakultät für Bauwesen),
Dr. phil. Dr. rer. nat. E. h. JOSEF GOUBEAU
(Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften).

Ord. Professor Dr. phil. WOLFGANG MECKELEIN ist zum Staatssekretär für das Hochschulwesen im Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg ernannt worden. Professor Meckelein, der den Kultusminister in allen Hochschulfragen unmittelbar vertritt, hat sein Amt am 1. Februar 1969 angetreten.

Rufe

Es lehnten Rufe ab

ord. Professor Dr. phil. PETER LESKY
(an die Universität Salzburg);
ord. Professor D. Sc. (Eng.), D. E., F. R. Ae. S.,
Hon. A. C. G. I. JOHN H. ARGYRIS
(an vier Hochschulen in den USA);

ord. Professor Dr.-Ing. HEINZ BLENKE
(an die Universität Dortmund);
ord. Professor Dr. phil. WOLFGANG MECKBLEIN
(an die Universität Frankfurt/M.);
Wissenschaftlicher Rat Dr. rer. nat. MAX WAGNER
(an die Indiana University in den USA);

es haben Rufe angenommen

apl. Professor Dr. rer. nat. WOLFGANG PFLEIDERER
(an die Universität Konstanz);
apl. Professor Dr. rer. nat. ECKART KNELLER
(an die Ruhr-Universität Bochum);
Privatdozent Dr. rer. nat. KARL HINDERER
(an die Universität Hamburg);
Oberassistent Dr.-Ing. ROLF SCHAAL
(an die ETH Zürich);
apl. Professor Dr.-Ing. EBERHARD ZWICKER
(an die TH München);
Privatdozent Dr.-Ing. HELMUTH WOLF
(an die Universität Karlsruhe);
Privatdozent Dr. rer. nat. KURT DEHNICKE
(an die Universität Marburg);
ord. Professor Dr. phil. ROBERT SPAEMANN
(an die Universität Heidelberg);
ord. Professor Dipl.-Ing. HARALD DEILMANN
(an die Universität Dortmund);
ord. Professor Dr. phil. Dr. techn. HEINRICH BRAUNER
(an die TH Wien);
Privatdozent Dr. rer. nat. KLAUS KROGMANN
(an die Universität Karlsruhe);

Folgende Ehrungen sind vom Großen Senat beschlossen worden:

Zu Senator Ehren halber wurden ernannt

Generaldirektor Dr. rer. pol. HEINRICH KAUN, Stuttgart;
Gesellschafter GEORG MEYER-KELLER, Süßen;

Direktor Dipl.-Ing. VIKTOR FRANKENBERGER, Neckarsulm;
Fabrikant EUGEN C. HAHN, Esslingen;
Fabrikant HANS-JOACHIM FUCHS, Meinerzhagen;
Oberbaudirektor Dipl.-Ing. ADOLF HEEB, Stuttgart;
Fabrikant RICHARD HIRSCHMANN, Esslingen;
Fabrikant OTTO HÖFLIGER, Waiblingen;
Direktor Dipl.-Ing. ERWIN WIDMAYER, Stuttgart;

die Würde eines Ehrendoktors wurde verliehen an

ord. Professor Dr.-Ing. WALTER HENSEN, Hannover;
Direktor Dr.-Ing. BRUNO ECKERT, Stuttgart;
Direktor Dipl.-Ing. CHRISTIAN KNELLER, Stuttgart;
Direktor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. KURT RÄNTSCH, Oberkochen;
Professor Dr.-Ing. WILLIAM PRAGER, Providence (USA).

Ernennungen

Neue Lehrstuhlinhaber sind:

Dr. phil. KLAUS BAUMGÄRTNER
als Ordinarius für Linguistik;
Dr.-Ing. JÜRGEN JOEDICKE
als Ordinarius für Grundlagen der modernen Architektur;
Dr.-Ing. WOLFGANG KAISER
als Ordinarius für Nachrichtenübertragung;
Dr. rer. nat. WENDELIN DEGEN
als Ordinarius für Mathematik;
Dr. rer. nat. EKKEHARD FLUCK
als Ordinarius für Anorganische Chemie;
Dr. rer. nat. RICHARD EPPLER
als Ordinarius für Technische Mechanik;
Dipl.-Ing. HANS KAMMERER
als Ordinarius für Grundlagen des Entwerfens und Konstruierens;
Dr. phil. GÜNTHER SCHWEIKLE
als Ordinarius für Deutsche Philologie;
Dr. rer. nat. VOLKMAR GEROLD
als Ordinarius für Metallkunde;

Dr.-Ing. ERNST-DIETER GILLES
als Ordinarius für Meß- und Regelungstechnik;
Dr. rer. nat. ARMIN HERMANN
als Ordinarius für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik;
Dr. rer. nat. MAX WAGNER
als Ordinarius für Theoretische Physik;
Dr. rer. nat. KLAUS STROBACH
als Ordinarius für Geophysik.

Zum Ordinarius wurde der bisherige Extraordinarius

Dr. rer. nat. KARL GUSTAV BERGNER ernannt.

Zu Honorarprofessoren sind ernannt worden:

Dr. phil. nat. JULIUS GRIM;
Dr. med. ALEXANDER KIRN;
Professor Dr.-Ing. EUGEN M. KNOHRNSCHILD;
Oberregierungsvermessungsdirektor Dr.-Ing. WILLI BECK;
ord. Professor Dr. jur. ROLF SERICK;
ord. Professor Dr. jur. KLAUS-WOLFGANG MÜLLER;
ord. Professor Dr. rer. nat. FRIEDRICH MECHELKE;
Oberregierungsbaurat CLAUDIUS COULIN.

Ehrungen von Mitgliedern des Lehrkörpers

(soweit uns die Auszeichnungen bekanntgeworden sind):

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurden ausgezeichnet:

apl. Professorin Dr. phil. KÄTE HAMBURGER,
Honorarprofessor Dr. rer. nat. PAUL SCHLACK,
Lehrbeauftragter Professor Dr.-Ing. ERNST KRAMAR.

Ord. Professor Dr.-Ing. FRITZ LEONHARDT erhielt die Emil-Mörsch-Denkmünze, bekam für Leistungen auf dem Gebiet des Spannbetons, insbesondere beim Bau der Caroni Brücke in Venezuela, die Goldene Medaille »Gustave Magnel« der Universität Gent verliehen

und erhielt für seinen Beitrag »Aesthetics of Bridge Design« im PCI-Journal Februar 1968 die Auszeichnung des »Martin P.Korn Award 1968« als beste Arbeit des Jahres 1968 vom Prestressed Concrete Institute, Chicago/Ill. zuerkannt.

Ord. Professor ROLF GUTBROD und Honorarprofessor Dr.-Ing. FREI OTTO erhielten für den Entwurf des deutschen Pavillons in Montreal von der Jury des Prix UIA den Auguste Perret-Preis 1967;

ferner wurde Professor OTTO vom American Institute of Architects zum Ehrenmitglied ernannt.

Honorarprofessor Dr.phil. GOLO MANN erhielt die Ludwig-Thoma-Medaille und bekam den Georg-Büchner-Preis 1968 verliehen.

Lehrbeauftragter Dr.rer.pol.Dipl.-Ing. WALTER BAUR wurde vom Deutschen Erfinder-Verband mit der Dieselmedaille in Silber ausgezeichnet.

Ord. Professor em. Dr.rer.pol. ERICH VON SIVERS wurde vom Magistrat der Stadt Darmstadt durch die Johann Heinrich Merck Ehrung ausgezeichnet.

Privatdozent Dr.rer.nat. WOLFGANG PECHHOLD erhielt den Physikpreis 1967 der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für seine Beiträge zur Physik der Hochpolymere für Kunststoffe.

Staatsrat Honorarprofessor Dr.phil. THEODOR ESCHENBURG wurde der Orden Pour le mérite verliehen.

Privatdozent Professor Dr.-Ing.habil. WALTER REICHEL bekam vom Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Apl. Professor Dr.-Ing. habil. HANS KAISER wurde auf dem Kongreß Deutscher Krankenhausapotheker mit der Rudolf-Rapp-Medaille in Gold ausgezeichnet.

Ord. Professor Dr.-Ing. Dr.techn. E.h. ADOLF LEONHARD bekam die Wilhelm-Exner-Medaille des Österreichischen Gewerbevereins.

Privatdozent Dr.rer.nat. HELMUT KRONMÜLLER erhielt den für 1968 zu vergebenden Preis der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für seine Arbeiten auf dem Gebiet »Reversible Nachwirkung in ferromagnetischen Kristallen«.

*Unseren Geehrten zuteil gewordenen Ehrungen
(soweit uns die Auszeichnungen bekanntgeworden sind):*

Senator Professor Dr.-Ing. Dr.rer.nat.h.c. ARTUR BURKARDT erhielt in Anerkennung seiner Verdienste um kulturelle Einrichtungen in Bayern den Bayerischen Verdienstorden.

Senator Direktor ANGELO HAMMELBACHER wurde mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Senator Direktor ARTHUR MEHLIS erhielt für seine Verdienste um die Entwicklung der Technik für den Selbstwählerndienst die Philipp-Reis-Plakette.

Ehrendoktor Professor HANS SCHAROUN hat von der Stadt Berlin das Ehrenbürgerrecht verliehen bekommen.

PERSONALSTAND

Zahl der Lehrstühle	133
davon freie Lehrstühle	
1. Thermodynamik der Luft- und Raumfahrt	
2. Gebäudekunde und Entwerfen	
3. Allgemeine Elektrotechnik und Meßtechnik	
4. Raumfahrttechnik	
5. Organische Chemie II	
6. Geologie und Paläontologie II	
7. Soziologie	
8. Philosophie	
Zahl der Abteilungsvorsteher, Wissenschaftlichen Räte und apl. Professoren	41
Zahl der Universitätsdozenten	17
Zahl der Privatdozenten	40
Zahl der Honorarprofessoren	48
davon in der	
Abteilung für Mathematik und Physik	2
Abteilung für Chemie, Geologie und Biologie	9

Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer	12
Abteilung für Architektur	2
Abteilung für Bauingenieur- und Vermessungswesen	8
Abteilung für Maschinenbau	11
Abteilung für Elektrotechnik	3
Abteilung für Luftfahrttechnik	1
Zahl der Akademischen Räte	71
Zahl der Wissenschaftlichen Assistenten	443
Zahl der Wissenschaftlichen Angestellten	273
Zahl der Lehrbeauftragten	100
davon in der	
Abteilung für Mathematik und Physik	4
Abteilung für Chemie, Geologie und Biologie	14
Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer	32
Abteilung für Architektur	12
Abteilung für Bauingenieur- und Vermessungswesen	11
Abteilung für Maschinenbau	16
Abteilung für Elektrotechnik	8
Abteilung für Luftfahrttechnik	3
Zahl der bediensteten Lehrbeauftragten	46
davon in der	
Abteilung für Mathematik und Physik	–
Abteilung für Chemie, Geologie und Biologie	2
Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer	7
Abteilung für Architektur	2
Abteilung für Bauingenieur- und Vermessungswesen	3
Abteilung für Maschinenbau	10
Abteilung für Elektrotechnik	6
Abteilung für Luftfahrttechnik	16
Zahl des technischen Verwaltungs-Personals	1193

Zahl der Studenten

Im Jahr 1960 (jeweils im Sommersemester)	5300
Im Jahr 1961	5800
Im Jahr 1962	6200
Im Jahr 1963	6400
Im Jahr 1964	6500
Im Jahr 1965	6600
Im Jahr 1966	6650
Im Jahr 1967	6700
Im Jahr 1968	6800
Im Wintersemester 1968/69	7007
davon in der Fachrichtung	
Lehramt allgemeine Bildung, Sprachen, Geographie	21
Lehramt Mathematik	59
Lehramt Physik	48
Lehramt Chemie	28
Lehramt Biologie	<u>17</u> <u>173</u>
Metallkunde	35
Geologie	31
Mineralogie	6
Biologie	<u>101</u> <u>173</u>
Betriebswirtschaft	220
Volkswirtschaft	<u>101</u> <u>321</u>
Gewerbelehrer Architektur	4
Gewerbelehrer Bauingenieurwesen	2
Gewerbelehrer Maschinenbau	11
Gewerbelehrer Elektrotechnik	1
Gewerbelehrer Phil.	<u>22</u> <u>40</u>
Allgemeine Bildung, Sprachen, Geographie	269
Mathematik	430
Physik	605

Chemie	566
Reallehrer	257
Architektur	736
Bauingenieurwesen	815
Vermessungsingenieurwesen, Geodäsie	107
Maschinenbau	1373
Elektrotechnik	905
Luftfahrttechnik	237

AUS LEHRE UND FORSCHUNG

A. Prüfungsleistungen

Habilitationen (vom Sommersemester 1967 bis zum Wintersemester 1968/69)	27
davon in der	
Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften	13
Fakultät für Bauwesen	3
Fakultät für Maschinenwesen	11
Promotionen (vom Wintersemester 1967/68 bis zum Sommersemester 1968)	203
davon in der Fachrichtung	
Mathematik	10
Physik	24
Chemie	67
Metallkunde	6
Geologie	4
Biologie	1
Philosophie	4
Architektur	–
Bauingenieur- und Vermessungswesen	24
Maschinenbau	37
Elektrotechnik	25
Luftfahrttechnik	1

Diplome (vom Wintersemester 1966/67 bis
zum Sommersemester 1968)

1687

davon in der Fachrichtung

Mathematik	40
Physik	131
Chemie	118
Geologie	16
Biologie	3
Mineralogie	6
Metallkunde	3
Architektur	151
Bauingenieur- und Vermessungswesen	323
Maschinenbau	504
Elektrotechnik	306
Luftfahrttechnik	86

<i>B. Zahl der Themen der Lehrveranstaltungen</i>	Vorlesungen		Seminare und Übungen	
	SS	WS	SS	WS
	1968	1968/69	1968	1968/69
<hr/>				
<i>Fachrichtungen</i>				
Abteilung für Mathematik und Physik	46	50	62	67
Abteilung für Chemie, Geologie und Biologie	55	71	83	96
Abteilung für Geisteswissenschaften und Bildungsfächer	50	63	83	86
Abteilung für Architektur	35	38	79	85
Abteilung für Bauingenieur- und Vermessungswesen	120	114	97	85
Abteilung für Maschinenbau	103	120	191	187
Abteilung für Elektrotechnik	66	52	61	58
Abteilung für Luftfahrttechnik	45	45	36	35
<hr/>				
ergibt zusammen	520	553	692	699

davon aus

Ägypten	14	Kolumbien	2
Afghanistan	1	Korea	6
Algerien	1	Lettland	2
Angola	1	Libanon	8
Argentinien	1	Luxemburg	1
Belgien	2	Madagaskar	1
Bolivien	4	Marokko	1
Brasilien	7	Mexiko	4
Bulgarien	2	Niederlande	3
Burma	2	Nigeria	7
Chile	5	Norwegen	4
China	12	Österreich	30
Cypern	7	Pakistan	5
Dahome	1	Palaestina	4
Frankreich	15	Peru	1
Finnland	3	Rumänien	2
Ghana	9	Rußland	1
Griechenland	97	Saudi Arabien	3
Großbritannien u. Hongkong	4	Schweiz	3
Haiti	1	Spanien	3
Honduras	1	Staatenlos	5
Japan	5	Sudan	1
Indien	30	Syrien	5
Indonesien	42	Thailand	4
Jordanien	3	Togo	1
Irak	6	Tschechoslowakei	15
Iran	17	Türkei	53
Island	4	Ungarn	8
Israel	3	Uruguay	1
Italien	7	USA	24
Jugoslawien	15	Venezuela	1
Kanada	4	Vietnam	30

Vortragsthemen bei Hochschulabenden vom Sommersemester 1967 bis zum Wintersemester 1968/1969:

Professor Dr. HANS KÜNG (Tübingen)
»Kirche und Wahrhaftigkeit«

Professor Dr. GEORG PICHT (Heidelberg)
»Das große Bildungsproblem der Zukunft – die Erwachsenenbildung«

HANS L. MERKLE (Fa. Robert Bosch Stuttgart)
»Was erwartet die Gesellschaft von der Universität?«

Professor Dr. CARL FRIEDRICH FRHR. V. WEIZSÄCKER (Hamburg)
»Das Problem der politischen Prognose in der technischen Welt«

Professor Dr. PAUL MATUSSEK (Max-Planck-Gesellschaft München)
»Der Wissenschaftler und sein Ehrgeiz«

Professor Dr. GOLO MANN (Kilchberg/Schweiz)
»Aus Wallensteins Jugend. Vorlesung aus einer werdenden Wallenstein-Biographie«

Professor Dr. UDO WEGNER (Stuttgart)
»Die Bedeutung der Mathematik in der technischen Welt«

Professor Dr. ARNO ERFURTH (Stuttgart)
»Claude Debussy – Wegbereiter der Moderne«

Professor Dr. KARL GANZHORN (IBM-Sindelfingen)
»Der Schritt in das Informationszeitalter«

Professor Dr. HANS ZBINDEN (Bern/Schweiz)
»Grenzen und Gefahren des heutigen Wohlfahrtsdenkens«

Dr. ROBERT JUNGK (Berlin)
»Die Zukunft erfinden«

Deutsches Studienzentrum des Staates Oregon, USA

German Studies Center

Administered by Oregon State University

Direktor: Professor Dr. phil. WALTER C. KRAFT

Das Oregon State System of Higher Education unterhält seit dem Wintersemester 1968/69 ein Studienzentrum an der Universität Stuttgart. In gegenseitigem Einvernehmen verbringen – zunächst – im Sommersemester 1968 17 Studenten (davon 8 weiblich, 9 männlich) – vornehmlich von der Oregon State University (Corvallis) – ein Studienjahr an der Universität Stuttgart. Sie besuchen neben Deutschkursen die Lehrveranstaltungen verschiedener Fachrichtungen, jedoch hauptsächlich Veranstaltungen im Studienbereich Germanistik.

Finanzstatistisches

Der Universität Stuttgart sind von der Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart e.V.

im Jahr 1968 zugeflossen:

Freie Mittel	DM 322.700,-
Zweckgebundene Mittel	<u>DM 318.400,-</u>
ergibt zusammen	DM 641.100,-

Leopold Rothmund zum Gedenken

Ansprache bei der Trauerfeier für *Professor Leopold Rothmund*
auf dem Pragfriedhof am 10. Mai 1967 von
Professor Dr.-Ing. Arthur Röhnisch

In Vertretung Sr. Magnifizienz des Herrn Rektors darf ich unserem verehrten Kollegen und Freunde, Professor Leopold Rothmund im Namen des Großen Senats die letzten Grüße übermitteln und ihm Dank sagen für sein Wirken in unserer Hochschule, Dank aber auch für seine treue Freundschaft, die ihn mit uns allezeit verband.

Wir nehmen aufrichtigen Anteil an Ihrer Trauer, hochverehrte Trauerfamilie Rothmund, die Sie nach dem Heimange Ihrer lieben Mutter und Großmutter nunmehr erneut schweres Herzeleid tragen müssen. Nach ewigen, ehernen Gesetzen müssen wir alle unseres Daseins Kreise vollenden. Mögen Sie Trost finden in der Erinnerung eines reich erfüllten, gesegneten Lebens Ihrer lieben Eltern.

Wir trauern mit Ihnen um einen hochgeschätzten akademischen Lehrer, um einen genialen, schöpferischen Ingenieur, aber auch um einen lieben Kollegen und väterlichen Freund. In der Stille des Abschiednehmens sollte davon abgesehen werden, seiner fachlichen Leistungen, seiner Lebensarbeit zu gedenken, zumal diese zu einem späteren Zeitpunkt eine besondere Würdigung erfahren wird. In dieser Stunde müssen wir zu unserer großen Trauer Abschied nehmen von dem gütigen Menschen und lieben Freunde Leopold Rothmund.

Als Inhaber seines alten Lehrstuhls Wasserbau war es mir vergönnt, mit dem Verstorbenen besonders enge Kontakte zu pflegen. Jedoch war es nicht leicht, seine Freundschaft zu gewinnen. Leopold Rothmund war ein kluger, zurückhaltender, kritischer Beobachter, der nur schrittweise zu überzeugen und zu gewinnen war. Andererseits konnte man seiner Freundschaft gewiß sein, wenn erst einmal das erforderliche Vertrauen gefaßt war. Ich darf mich glücklich schätzen, mit dem Entschlafenen nicht nur durch die gleichartigen Fachgebiete verbunden gewesen zu sein, sondern ihn auch in einem harmonischen Freundeskreis gelöst und aufgeschlossen zu erleben und ihm von Mensch zu Mensch näherzukommen. Ich muß sagen, daß dies die schönsten Stunden mit unserem Freunde Rothmund waren, die ich und wohl auch die übrigen Mitglieder dieses Freundeskreises nicht vergessen werden. Unsere Kollegen Pfeiffer, Grammel und Grube sind den Weg alles Irdi-

schen vorausgegangen; nun folgt mit Leopold Rothmund einer der letzten dieser Gemeinschaft.

Die zurückliegenden Jahrzehnte unseres lieben Verstorbenen waren beherrscht von einer genialen Idee, die als *Rothmundsche Tauchschleuse* seinen Namen trägt, deren Verwirklichung er leider nicht mehr erleben durfte. Ich danke dem Herrgott an der Bahre unseres lieben Freundes, daß ich noch zu seinen Lebzeiten die technische und wirtschaftliche Anwendung dieser Entwicklung zu klären vermochte. Auch wenn wir uns über manche Änderung oder über Einzelheiten der Ausführung erst nach langen Fachgesprächen geeinigt haben, die Rothmundsche Tauchschleuse kann nunmehr als eine ausführungsfähige, geniale neue Hebewerks-Entwicklung zur Überwindung großer Höhen angesehen werden.

Wir neigen uns voller Ehrfurcht vor dem Verstorbenen, dessen Erdenlauf in der Hingabe an sein Lebenswerk die Erfüllung fand. Er wird uns in seiner Nachfolge Mahner und Vorbild zugleich sein!